

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 3 (1974)
Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

konzept

Abonnements-
Geschenk-Aktion
3 für 2
Talon in dieser
Nummer

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng,
Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement
Inland Fr. 15.—, Ausland Fr. 18.—
Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
quai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

Weisswäucher
der roten Geschichte
Die Angst vor einem Buch über
die Arbeiterbewegung Seite 3

Cartoon von Mario Grasso
Thema «Faschismus» Seite 3

Walter Matthias Diggelmann
Auf den Hund gekommen Seite 4

Psychologische Kampfführung
Exklusives Militärdokument Seite 5

Kleine Schritte oder grosser
Sprung nach vorn?
Situation der schweizerischen
Studentenschaften Seite 7

CIA intim
Die Schergen von Uncle Sam
Seite 9

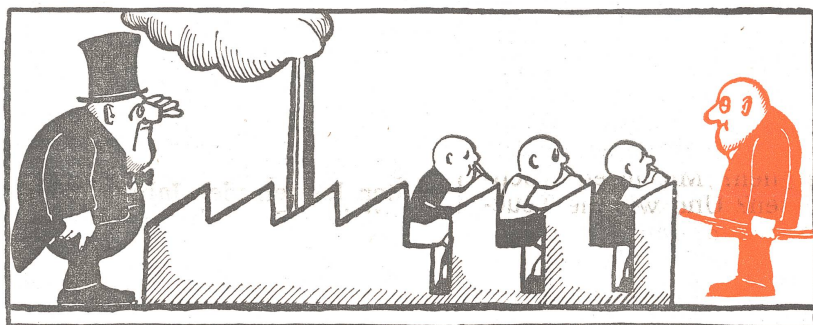
Dieser Ausgabe liegt ein Initiativ-
bogen des Schweizerischen Aktions-
komitees für Trennung von Kirche
und Staat bei.

Materialien zur schweizerischen Unfreiheit

So frei sind unsere Schulen

Es geht in diesem Bericht um den Beweis, dass Freiheit auch in der «freien Schweiz» ihre Löcher hat. Statt der gewalttätig-blutigen Freiheitsberaubung kennen wir hinterhältige, weniger aufsehenerregende, aber ebenso wirkungsvolle Formen der Freiheitsberaubung: Hierzulande wird Freiheit mit materiellen Mitteln be-

schränkt. Es geht um den Beweis, dass herkömmliche Wertvorstellungen, Bestehendes im Interesse der Herrschenden betont wird. Um den Beweis, dass unsere Freiheit genau soviel Freiraum hat, wie ihr die Herrschenden zugestehen. Und dass der Vorwurf der «Ideologie» stets nur den Oppositionellen trifft. Jürgmeier



Der Fall Max Meier

Gefährlich, weil so tüchtig

Max Meier, ein ehemaliges PdA-Mitglied, wird nach seiner Zusage, keine PdA-Politik mehr zu betreiben (1), 1957 als Sekundarlehrer in Maur ZH eingestellt. 1960 wird er mit 335 gegen 120 Stimmen bestätigt. 1966 nach einer Hetzkampagne nicht mehr in seinem Amt bestätigt (365 Nein, 282 Ja, bei 85 Prozent Stimmbeteiligung). Ueber die fachlichen Qualitäten sind sich Freunde und Feinde Meiers einig: Er wird unbestritten als sehr guter Lehrer eingestuft. Das beweisen auch die Berichte der Visitatoren. Max Meiers Wegwahl ist politisch bedingt.

Unmittelbarer Anlass: Meier hat vor den jungen PdA-Sektion Zürichs einen Vortrag zum Thema «Bildungsmöglichkeiten in der Schweiz» gehalten. Seine Gegner führen eine harte Kampagne

gegen ihn. Aus einem Flugblatt: «... Als Bürger eines freien Landes hat Herr Max Meier unbestritten das Recht dazu, Kommunist zu sein. Er kann reden und schreiben, was er will. Die Demokratie gewährt auch ihren Gegnern Meinungsfreiheit... Ist Herr Max Meier wirklich der richtige Mann, um unsere Sekundarschüler zu Staatsbürgern zu erziehen? Ist er wirklich in der Lage, im Klassenzimmer jene politische Sprache und Weltanschauung zu verleugnen und zu vergessen, von der er erfüllt ist und in der er während Jahrzehnten geschult worden ist? ... Sekundarlehrer Max Meier muss für seine Überzeugungen eintreten. Darum hat er auch das Versprechen, mit dem er das Vertrauen der Behörden und Wähler erlangt hat, gebrochen... »

Einer seiner gewichtigsten Gegner, Pfarrer Wipf, behauptet, Max Meier beeinflusse die Schüler mit seinem marxistischen Gedankengut. Dies versucht er am Beispiel Feuerbachs zu beweisen. Max Meier hat im Zusammenhang mit Gottfried Keller auf die Philosophie Feuerbachs, von der Keller massgeblich

Kennen Sie andere Fälle?

Dann teilen Sie uns bitte die Geschichte und deren Hintergründe in Stichworten sowie den Namen und die Adresse des (der) Hauptbetroffenen mit. Wir wahren selbstverständlich strengste Diskretion.

beeinflusst worden war, hingewiesen. (Feuerbach vertritt eine atheistische Weltanschauung.)

«... Es gibt auch keinen Zweifel darüber, dass Herrn Meiers Geschichtsunterricht geprägt ist von seiner marxistischen Haltung... Auskunft darüber können die Geschichtshefte geben. Sie zeigen, dass im Geschichtsunterricht des Herrn Meier fast alles vom Wirtschaftlichen her erklärt wird, ganz wie dies der marxistischen Weltanschauung entspricht... Eltern, die aber mit dem Marxismus nicht einverstanden sind, werden Herrn Meier für gefährlich halten, gerade deshalb, weil er methodisch so tüchtig ist als Lehrer... (sic!) Herr Meier hat erklärt, er sei kein politischer Säugling. Im Vergleich zu Herrn Meier sind noch viele politische Säuglinge (ich selber inbegriffen). Herr Meier selber aber nicht. Er ist politisch und ideologisch kein harmloser Mann.»

Dazu Max Meier: «... Seine Behauptungen, ich erziehe die Schüler in der Geschichte im marxistischen Sinn, ich beeinflusse sie marxistisch, widersprechen allen Feststellungen der Schulpfleger und Visitatoren während 9 Jahren. Nie ist mein Geschichtsunterricht von den Aufsichtsbehörden beanstandet worden. Pfarrer Wipf ist daher ein böswilliger Verleumder.»

Max Meier zeigt in einer persönlichen Stellungnahme auf, wie seine

Exorzist Cincera

Allenthalben sind destruktive Kräfte am Werk. Diesen Mäden, die sich der Zersetzung unseres Demokratiekäses verschrieben haben, ist jedes Terrain recht. Unaufhörlich stellen sie Altbewährtes in Frage und machen auch vor den sakrosanktesten Prinzipien unseres «freiheitlichen Rechtsstaats» nicht halt. Was wunder, dass da manchmal auch Strassenbauten ins Schussfeld der gefährlichen Kritiker geraten.

Die Lage ist ernst. So ernst, dass sich die Sektion Zürich des Automobilclubs der Schweiz (ACS) verpflichtet fühlte, an ihrer diesjährigen Generalversammlung Major Ernst Cincera, Handelsreisender in Sachen kalter Krieg, zum Thema «Agitation gegen Auto, Strasse und Verkehr als Mittel subversiver Strategien» referieren zu lassen. Das Thema ist beim ACS Zürich nicht neu, geht er doch schon seit einiger Zeit mit erhobenem Mahnfinger auf Mitgliederfang: «In den heutigen Zeiten ist es notwendiger denn je, dass die Automobilisten sich organisieren und zusammenstehen im Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung, gegen Unterdrückung und unnötige Einschränkungen, damit sie Automobilisten bleiben und werden können.» Arme, unterdrückte Automobilisten!

Was es da zu bekämpfen gibt, eröffnete der Klub seinen Mitgliedern in der Einladung zur Generalversammlung: «Staat und Gesellschaft», hiess es, «sehen sich in zunehmendem Mass einer Agitation ausgesetzt, die unter der Leitung destruktiver Taktiker Sachverhalte torpedieren hilft, insbesondere auch auf dem Gebiet des Strassenverkehrs und -baus.» Laut ACS wurde das Volk zum Beispiel dann das Opfer solcher Zerstörungskräfte, als es in Zürich die U- und S-Bahn begrub und damit einem massiven Anstieg der Bodenpreise eine deutliche Absage erteilte. Aber auch Franz Weber mit seiner Initiative für Demokratie im Nationalstrassenbau oder die Studenten des Technikums Burgdorf mit ihrem Volksbegehren für zwölf autofreie Sonntage pro Jahr müssten nach solchen Massstäben als subversiv eingestuft werden. Und die Agitation würde sich momentan am Sempachersee, im Domleschg, im Zürcher Weinland, am Neuenburgersee und anderswo breitmachen, wo liberaler Strassenbauprojekte auf Widerstand der Bevölkerung stossen.

Um solcherlei Obstruktion zuvorzukommen, hat der ACS Zürich im Sinn, «seine Anliegen offensiver vorzutragen und der Autofeindlichkeit energischer entgegenzutreten». Deshalb entschloss man sich wohl, die rund 600 Gäste des an die GV anschliessenden Herren-Martinis (Damen sind ausgeschlossen) in den Genuss der Neo-Linken-Ausstrahlung Cinceras kommen zu lassen, bevor sie bei flotter Tischmusik der Martinigans zu Leibe rücken durften.

Nicht viel Neues, und schon gar nicht zum Thema, wusste allerdings der Wanderprediger von Behörden Gnaden vor den Herren des Klubs von Automobilisten aus besseren Schichten auszu-packen. Die Schweiz sei heute im wesentlichen nur mit einem Extremismus von links konfrontiert, argwöhnte C., sich selbst treu. Von den italienischen Faschisten im Tessin, von der Niederlassung des rechtsextremen MSI in Bern, den Treffen zwischen Mafia und Cosa Nostra in Zürich hat er wohl noch nie etwas gehört.

Aufbauend auf dieser Hypothese, macht der kleine, joviale Mann, der von seinen Referaten nie eine schriftliche Fassung abgibt, sodann geschickt auf antikommunistische Schlagwörter wie «moskauhörig», «ideologiefeste POCH-Menschen» verfallen. Ihr Ziel sicher sowenig wie die fast schon trüben Feststellung, von den bösen Linken werde die «Zerstörung der Inbegriffe wie Familie, Armee, Parteien, usw.» angestrebt.

Das Klima ist nun geschaffen für eine geschickte Diffamierung legitimer Opposition: Die Toleranz der Demokratie werde von ihren Gegnern mit Vorliebe bis zum Exzess ausgenutzt. Die Subversiven gingen heute auch in die Parlamente, missbräuchten das Initiativrecht zwecks Überbelastung des demokratischen Staats und versicherten auf diese Weise die Bürger. Diese Strategie könne erst in 30 Jahren zu ihrem Ziel führen.

Man wird einwenden, dass niemand mehr Cinceras Hirngespinnste ernst nimmt. Auch auf der rechten Seite wird er – zumindest von den Mächtigen im Lande – eher belächelt. Bedenklich ist nur, dass C. die Rolle eines nützlichen Idioten spielt: Indem er vor meist geschlossenem und relativ uninformativem Publikum – vom Unteroffiziersverein bis zu Krankenschwestern auf dem Lande – mit seinen «Erhaltungsgen» über die «Neue Linke» hauiert, schürt er Angst vor der Opposition und leistet einen gehörigen Beitrag an die Erhaltung einer behörden- und wirtschaftstreuen Stimmung. Kritiker hält er ausserhalb des Kreises seiner Zuhörer. So ist Gewähr geboten, dass das Publikum seine handfeste Agitation für bare Münze nimmt.

Für das tatsächlich vorhandene Unbehagen – hier in Sachen Strassenbau – findet C. bequeme Sündenböcke und lenkt damit die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen ab. Und die sich ausbreitende Unsicherheit, weil in unserer Demokratie die wesentlichen Fragen nicht vom Volk entschieden werden, kehrt er um in eine Überforderung durch zu viele Initiativen und Referenden.

Dafür erntet Herr C. noch den Beifall der zahlreichen an der ACS-Versammlung anwesenden Behördenvertreter. Die Frage ist nur, wer hier die Demokratie strapaziert. Pierre Freimüller

Gegner kämpfen und den PdA-Vortrag als willkommenen Vorwand für seine Diffamierung benützen. Der ihm an sich gutgesimten Schulpräsident liess ihm noch kurz zuvor erklärt: «Im übrigen stehe ich heute auf dem Standpunkt, dass gegen Ihre politische Tätigkeit ausserhalb der Schule nichts einzuwenden werden kann, solange sie sich im Rahmen unserer Gesetze vollzieht, also nicht staatsgefährlich ist.»

Max Meier hält in gutem Glauben das Referat bei der PdA-Jugend. «Damit habe ich die seinerzeitige Zusage, keine PdA-Politik mehr zu machen, nicht gebrochen. (Ein Versprechen, nicht mehr politisch tätig zu sein, habe ich nie abgegeben, denn es wäre eines Schweizer unwürdig.)»

Der «Antikommunist» – Dr. Bernhard – (oder ein von ihm geschickter Student) kam an meinen Vortrag und liess seinen Denunziantenbericht (...) an die Schulpfleger. Er hat meine Ausführungen in einigen wesentlichen Punkten raffiniert entstellt, Sätze hinzugefügt (...), um die Gemüter zu beizudrücken... Herr Dr. Bernhard hat ihn – den Schulpräsidenten – so beeinflusst, dass er in mir plötzlich nicht mehr den anständigen Lehrer und Menschen sah, sondern den unheimlichen, subversiven, gefährlichen Kommunisten, den man unschädlich machen müsse... Der Präsident behandelte den Denunziantenbericht Bernhards, der zum Traktandum «Bestätigung der Oberstufenlehrer» gehörte, in Abwesenheit der Lehrer. Der Präsident verweigerte mir jede Einsicht in den Bericht... Die Schulpfleger führten die Öffentlichkeit in den Rahmen des Herbstprogramms zusammen mit prominenten Kommunisten schrieb. Das war einfach erfunden... Der Vortrag war nur ein Vorwand. 1. Beweis: Schulpfleger Volenweider hatte schon im Oktober 1965 Nachbarn erklärt, die Schulpfleger werde mich diesmal ablehnen. 2. Beweis: Schulpfleger Schaad hat an der Versammlung der Freisinnigen Partei über Schulpfleger, die Ende Oktober 1965 stattfand, erklärt, die Schulpfleger habe im Sinn, mich abzulehnen. Meine Ablehnung war vor dem Vortrag eine beschlossene Sache... »

Nach seiner Wegwahl sucht Max Meier vergeblich eine Stelle. Drei mündliche Vorgespräche und fünf Offerten bei Privatschulen ergeben nichts. Bütteliefe an 20 Schulpräsidenten zeitigen vier abschlägige Antworten. Zwanzig Offerten an private Firmen und öffentliche Institutionen kommen mit

94.185.074



Hallo Schüler!

Der Bericht auf dieser Seite befasst sich mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit an den Schweizer Schulen. Er deckt Machenschaften auf, die die Tageszeitungen oft verschweigen oder über die sie nur vom Standpunkt der Autorität aus berichten. Er stellt sie in ihren weiteren Zusammenhang, deckt Hintergründe auf und bezieht Stellung. Dies ist die Leitlinie von «konzept». «konzept» steht auf der Seite der Benachteiligten in unserer Gesellschaft. «konzept» ist solidarisch mit den Jugendlichen.

Talon ausfüllen und einsenden an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Ich abonniere «konzept» ab sofort bis Dezember 1975 zum Schüler-Spezialpreis von Fr. 11.— (Legikopie liegt bei).

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____

lichen, nicht nur wo es um Schule oder Arbeit geht, sondern auch wenn's die Freizeit betrifft. «konzept» scheut sich auch nicht, den Mächtigen auf die Finger zu schauen.

Einige Beispiele aus unseren letzten Nummern:

Freizeit ohne Freiheit: Wie mit der Freizeit der Jugend fette Gewinne gemacht werden können (2 Nrn.).

Militär und Subversion: Ein Armeedokument zur Abwehr von unbequemen Fragen in der RS.

Die sanften Killer: Nestlé und ihre Babynahrungsverkäufe in Entwicklungsländern.

(Pro Nr. 1.20 Fr. in Briefmarken.)

Do bist interessiert? Dann profitiere von unserem

Sonderpreis

für Schüler und abonniere «konzept». Kosten tut's dich nur 10 Fr. im Jahr. Einfach untenstehenden Talon ausfüllen und Kopie der Legi beilegen. Uebrigens: Dieser Preis gilt natürlich auch für Lehrlinge

schreibt er mir: «... Ueberhaupt nützt die Zeitungsschreiberei praktisch nichts. Man konsumiert so was beim Café Schnaps - und lässt alles beim alten. Die neugegründete SP-Maur - meist aus Studenten der Neuen Linken, aus fleissigen Schreibern - hatte nicht den Mut, einen realen Versuch zu unternehmen, um mich bei einer kürzlichen Stellenvakanz in Maur zu unter-

stützen. Seit meiner Wegwahl halte ich jetzt am 7. Ort Schule, während meine nutzlosen Stellenbewerbungen zwei Dutzend übersteigen. Ich habe resigniert - und gebe, nachdem man mich in Fehraltorf gnädigst an einer Ober- schule werken liess, nächsten Frühling den aussichtslosen Kampf auf und be- ginnen - wie schon 1971 - erstmals zu schreiben...»

Der Fall X

Unzufrieden mit der Finkenordnung

X übernimmt eine apathische Klasse. Sie reagiert auf seinen demotischen, ihr ungewohnten Stil chaotisch und aggressiv. Die Präsidentin der Hilfs- schulkommission stellt sich bei ihrem Besuch positiv zu. Ein Mitglied der Schulkommission kussert sich nicht. Ein Inspektor ist unzufrieden mit Hef- führung, Pultordnung, Finkenordnung

Kommentar

Erlaubt ist...

Spektakulär die aufgezeigten Fälle. Sie haben Aufsehen erregt. Nur: Weit häufiger sind die ungezählten verurteil- ten Fälle, die nie zu Fällen geworden. Kleinklein Freiheitsberaubungen, die stillen Repressionen. Lehrer, die eine Familie zu ernähren haben, halten den Mund, geben im herkömmlichen Sinn Schule, vermitteln Wertvorstellungen im Interesse derer, die besitzen, die herrschen. Aus Angst vor dem Verlust ihrer Stelle und ihrer Existenz be- schränken sie sich selbst in ihrer Frei- heit. Was für den Lehrer und das Brot, gilt für den Schüler und die Note. So gross ist der beiden (Schüler und Le- hrer) Angst, dass sie die Grenzen dieser zugestanden Freiheit nie berühren, schon gar nie übertreten. So helfen sie mit zu bestätigen: Hier ist man frei. (Mir ist der Fall eines Zürcher Kan- tonsschullehrers bekannt, der, Angst habend, sich als SP-Kandidat für den Ge- meinderat aufstellen zu lassen.)

Die Frage stellt sich nach diesen Be- richten, was denn Erziehungsdirek- tionen unter jener verfassungsmässig garantierten Meinungs- und Gesin- nungsfreiheit verstehen. Ich meine - im Gegensatz zum seitens Rechtsver- ständnis Herrn Gilgen - Meinungs- freiheit müsste schon recht absolut ver- standen werden. Wenn sie nicht zur Freiheit der Herrschenden und zur Frei- heit auf Meinungsäusserungen im herr- schenden Sinne degradiert werden soll.

Eines zeigen diese Beispiele deutlich: Wo immer Wertvorstellungen, die den Herrschenden zuwiderlaufen, mit im Spiel sind, wird Freiheit beschränkt. Die Schule wird zum politischen Schonraum erklärt, damit unter dieser Tarnkappe Tag für Tag im herrschen- den Sinn politisiert werden kann. Da wird Geschichte vermittelt, die am einzelnen Individuum klebt, die gesell- schaftliche und wirtschaftliche Hinter- grund weitgehend verschweigt. Kommt dann einer und erwähnt - so

«konzept» hat sich mit dem Fall Zwahlen befasst («Im Westen nichts Neues», Nr. 1/2 und mit dem Fall Froidevaux («Recht ver- letzt», zum Recht zu schweigen, Nr. 9/74). Jede Nummer kann ge- gen Fr. 1.20 in Briefmarken nach- bestellt werden bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

ganz nebenher, zusätzlich, schlichtern - wirtschaftliche Zusammenhänge, so schreit man: Der politisierte! Der muss weg! Was die Sexualität betrifft, so entspräche wohl ihre natürliche Befrei- ung auch kaum den Vorstellungen der Mächtigen in diesen Ländern. Wie sonst könnte man sich der Sexualität noch als Werbeträger bedienen? Beispiels- weise...

Wann je ist ein Lehrer entlassen worden, weil er seinen Schülern das Einmaleins einprügelte? Ich kenne nur die Fälle derer, die entlassen wurden, weil sie sich weigerten, einzupflegen, einzuhalten, weil sie auch Schülern Widerstand und Freiheit zugestanden. Wann je ist ein Lehrer entlassen wor- den, weil er Werbebrochüren der Schweizerischen Vereinigung für Atom- energie verteilte? Weil er erklärte, Russland sei im Gegensatz zum freien Amerika ein totalitärer Staat? Der Kapitalismus sei die beste aller mög- lichen Gesellschaftsordnungen? Dienst- verweigerer gehörten gehängt? Wann je? Solche Aussagen gelten hierzulande als unpolitisch.

Was uns bleibt: Im Fall von Frei- heitsberaubung Aufsehen zu erregen; ausserdem die Solidarität, um gemein- sam die Freiheit zu erkämpfen, wenn sie nicht zugestanden wird. Wenn es Schülern und Lehrern gelänge, sich un- tereinander und miteinander zu solida- risieren gegen jene, die Freiheit nicht wollen, dann... Ich weiss: In Lehrer- kreisen finden insgeheim Dinge statt, die an dunkle Zeiten, nicht allzu lang ist's her, erinnern. Sich frühzeitig dage- gen zu wehren, ist die Aufgabe derer, die mehr Freiheit und mehr Demokratie für uns alle zum Ziel haben...

Jürgmeier

Der Fall Berthold Rothschild

Theater mit einem Strassentheater

1970 gibt Berthold Rothschild - der mit der Neuen Linken sympathisiert - seine Stelle als Oberarzt ab interim an der Psychiatrischen Klinik Burghölzli in Zürich auf. Er will die Gutachterstelle am Psychologischen Institut der Uni- versität Zürich, verbunden mit der Be- zirksadjunktur, übernehmen. Trotz Zu- sage wird ihm Mitte Januar 1971 mit- geteilt, sein Amt als ausserordentlicher Bezirksadjunkt sei abgelehnt. Der damit verbundene Vorwurf, er habe rezeptpflichtige Tabletten zur Verwen- dung weitergegeben, wird vom dama- ligen Regierungsrat Bürgi später mit einem milden Tadel abgetan. Regie- rungsrat Bürgi erwähnt dann in diesem Zusammenhang ein geheimes Dossier über Rothschild. Letzterem wird die Einsichtnahme in diese Akten verwei- gert.

Rothschild beginnt als Gutachter am Psychologischen Institut zu arbeiten. Wird dafür nicht bezahlt und erhält nach Rückfrage die Auskunft, wor- die Gutachterstelle sei abgelehnt wor- den. Wiederum die Tablettengeschichte und neu der Vorwurf, er habe sich an einem «widerlichem und obszönen» Strassentheater beteiligt. (Dies wäh- rend seiner Anstellung als Oberarzt im Burghölzli. Im Rahmen einer Veran- staltung der Frauenbefreiungsbeweg- ung.)

Im Sommersemester 1970 und im Wintersemester 1970/71 hält Roth-

schild eine Vorlesung an der Uni Zürich. Der Lehrauftrag für das Som- mersemester 1971 wird verweigert. Die Studenten protestieren. Die Dozenten Bleuler und Moser bestätigen die fach- liche Qualität Rothschilds. Die Ver- sammlung der Oberärzte und Assisten- ten der Universitätsklinik Burghölzli setzt sich für den hochqualifizierten Rothschild ein, obwohl sie durchaus nicht mit dessen politischer Haltung einig ist. Die Hochschulkommission erklärt, sie sei nicht verpflichtet, ihre Schritte, auch diesen nicht, zu begrün- den.

Der Fall Freudenberg

Polizisten am Gymnasium

Im Juli 1973 brechen an der Zürcher Kantonschule Freudenberg Konflikte wegen einer Angola-Ausstellung aus. Diese ist zuerst von der Rektorenkon- ferenz für alle Zürcher Mittelschulen verboten worden. Nach Ergänzung der Ausstellung darf sie an der Kantons- schule Oerlikon gezeigt werden. Nicht aber am Freudenberg. Die Schüler stel- len die Ausstellung ohne Erlaubnis auf. Ein beteiligter Student wird «wegen Hausfriedensbruchs» von zwei Unifor- mierten abgeführt. Einem Schüler wird der Ausschuss angedroht. Ende August wird die Ausstellung plötzlich für alle Zürcher Mittelschulen freigege- ben.

Vorerst wieder Ruhe im Freuden- berg. «Nach Auskünden des Rektors wurde eine schulinterne Kommission geschaffen, die die Frage der politi- schen Betätigung von Schülern inner- halb und ausserhalb der Schule dis- kutieren und gegebenenfalls ein Statut vorlegen soll, das künftig eine bessere Handhabung gegen «gezielte Provokatio- nen» erlaubt.» Im September wird K. und A. der Ausschuss wegen ihrer Aktivität während der Angola-Ausstel- lung angedroht.

Ein Artikel des Soldatenkomitees mit zwei sogenannten pornographischen Zeichnungen - ob, Penis! - wird vom Rektorat beschlagnahmt und kann erst nach Beseitigung der Karikaturen wie- der aufgehängt werden, verschwindet jedoch - ohne Information des Wand- zeichnungschefs - wieder, weil K. und A.

Aus einem Brief des Zürcher Erzie- hungsdirektors Gilgen an ein Chile- Komitee:

«... Wir müssen Sie darauf auf- merksamen machen, dass mit dem Eintritt eines Schülers in eine kanton- nale Mittelschule als einer öffent- lichen Anstalt ein besonderes Gewalt- verhältnis begründet wird, das über die allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichtverhältnisse hinausgeht. Im Rahmen dieses Gewaltverhältnisses haben die verfassungsmässigen Frei-

1971 wird in Zürich das Exper- ment an der Architekturabteilung der ETH offiziell abgebrochen: Nichtverlängerung der Lehraufträ- ge der drei deutschen Gastdozen- ten Janssen, Zinn und Schulte. Wegen linksgerichteter Aktivität und ideologischer Beeinflussung der Studenten, Resultat der inoffi- ziell weitergeführten Arbeit ist das Buch «Göhnerswil - Wohnungsbau im Kapitalismus».

Eine von den Studenten organisierte und stark besuchte Vorlesung Roth- schilds wird mit verschiedenen forma- len Tricks behindert.

den Artikel mit folgendem Vermerk versehen haben: «Die Karikaturen kö- nen für Interessierte bei den Unter- zeichneten begutachtet werden.» Erst nachdem auch diese Zellen entfernt werden, bleibt der Artikel hängen. Das geschieht im Dezember 1973.

Die beiden kommentieren in einem Wandzeitungsartikel die Ereignisse: «... Die grosse Entrüstung des Re- ktorats über die beiden Zeichnungen scheint uns ausserdem deshalb frag- würdig zu sein, weil es eine allgemein bekannte Tatsache ist, dass gerade an unserer Schule, mit ihrer konsekuen- ten Trennung der Geschlechter und ohne vernünftigen Sexualunterricht, die sogenannte schmutzige Phantasie ge- fördert beziehungsweise offene Diskus- sionen von Sexualproblemen und Ver- suche zu deren Lösung verhindert wer- den... Wir sind der Ansicht, dass es der Schulleitung mit der ganzen Aktion um mehr als nur um die Erhaltung der stilltlichen Moral am Gym gelangt ist. Darauf deutet ganz deutlich der Um- stand hin, dass die Untersuchung weitergeführt wird...»

Die beiden Schüler werden nach lan- gen Verhören, vor allem auch über ihre Stellung zum Soldatenkomitee, im Februar 1974 aus der Schule aus- geschlossen. Unter anderem mit der Be- gründung ihrer allgemeinen Tendenz, Konflikte auszulösen und ihre Mitschü- ler gegen die Schulleitung aufzuwie- geln.

Heitsrechte nicht unbeschränkte Gel- tung. Der Schüler einer öffentlichen Mittelschule kann sich nur so weit auf die verfassungsmässigen Frei- heitsrechte berufen, als die Ausübung dieser Rechte mit dem Anstaltszweck vereinbar ist. Damit ein ungestörter, von politischer Unruhe freier Schul- betrieb gewährleistet ist, ist ein ab- solutes Verwehrallassen von politi- schen Veranstaltungen oder von poli- tischer Propaganda, die von den Schü- lern ausgehen, undenkbar...»

Der Fall Zwahlen

Endgültig im Wiederholungsfall

1972 trägt der Lausanner Gymnasiast Zwahlen an der offiziellen Diplomeier ein Gedicht vor, das ihm den Redner- preis eingetragen hatte. Er benützt die Gelegenheit, «den von bürgerlicher Ideologie bestimmten Unterricht, die dort weitergegebenen bürgerlichen Werte sowie das Auswahlssystem anzufei- gen». Dies vor Direktoren, Erziehungs- räten, Pfarrern, Journalisten und Mit- schülern. Rektor Rapp verlangt den Aus- schluss Zwahlsens, und zwar für ein Jahr. Der Regierungsrat verkürzt diese Massnahme auf drei Monate.

Die Gymnasiasten bilden ein Kampf- komitee für die Wiederzulassung Zwahlsens. Am 18. April findet eine De- monstration mit 300 Schülern statt. Ein vom Rektor angefordertes Polizeide- clement verhindert das Zusammentre- fen zwischen Demonstranten und übrige- n Schülern. An weiteren Demonstra- tionen fordern jeweils 300 bis 400 Be- teiligte Meinungsfreiheit in den Schu- len.

Der Regierungsrat des Kantons Waadt reagiert auf diese solidarischen Schüleraktionen. Er verbietet das Ver- teilen und Anschlagen von Flugblättern mit «schmutzigem Inhalt» oder von solchen, die darauf abzielen, Unruhe und Agitation in den Räumen der Pri- mar-, Sekundar- und Berufsschulen, der kantonalen Universität sowie auf öffentlichen Strassen und Plätzen zu stiften. Er verbietet die Teilnahme an nichtbewilligten Demonstrationen wäh- rend der Schulstunden, welche dazu angetan sein könnten, Unruhe und Agi-

Hier konnte nur ein Teil der uns bekannten Fälle behandelt werden. Wir werden in der Dezembernum- mer noch auf ein paar weitere Fäl- le eingehen.

Der Fall Barbara Guidon

«Geben Sie uns Sex-Unterricht?»

Barbara Guidon wird vorgeworfen, an einer Zürcher Realschule ohne Zu- stimmung der Eltern Sexualkunde ge- geben und entsprechende Bücher ver- teilt zu haben. Barbara Guidon gibt zu, dass es falsch war, die entsprechende Literatur ohne Information der Eltern abzugeben. Sie habe die Sache jedoch nachträglich in Gesprächen mit den Eltern zu klären versucht.

B. G. hat die Eltern durch die Schü- ler anfragen lassen, ob sie mit der Er- teilung des Sex-Unterrichts einverstanden seien. Die meisten Schüler bringen Zusagen von ihren Eltern mit. B. G. er- zählt, ein Schüler habe ihr bereits beim Besuch bei ihrem Vorgänger ein Zettel- chen zugesteckt, auf dem die Frage «Geben Sie uns Sex-Unterricht?» ge- standen habe. Sie habe sich diesem Be- dürfnis der Schüler verpflichtet gefühlt.

Sie bricht den Aufklärungsunterricht - nach Auftreten der ersten Schwierig- keiten - während der Schulzeit nach Absprache mit ihrem Berater ab. Sie stellt sich allerdings weiterhin in der Freizeit für Fragen zu diesem Themen- kreis zur Verfügung. Im Einverständnis mit den Eltern... Auch das wird ihr später zur Last gelegt. Es wird ihr vor- geworfen, sie habe drei Schüler zu sich nach Hause genommen. In die Kom- mune. Dort hätten die Schüler Posters mit Abbildungen der verschiedenen Stellungen beim Geschlechtsverkehr gesehen. Aufgrund dieser Anschuldig- ungen wird B. G. am 4. Juni 1973 in ihrer Wohnung verhaftet. «Da der Ver- dacht bestand, dass sie sich der un- zureichenden Veröffentlichung gegenüber Jugendlichen schuldig gemacht hätte.» Die Härtschuldung und die polizei- liche Einvernahme der drei Schüler ver- laufen ergebnislos. Barbara Guidon wird wieder entlassen. Der Straftatbe- stand ist in keinem Punkt erfüllt.

Weiter wird B. G. Aufstachelung der Kinder gegen Eltern und andere Lehrer angelastet. B. G. weist diesen Vorwurf zurück. Nach der ergebnislos verlaufen- den Hausdurchsuchung wird B. G. mit dem Argument, sie habe sich das Ver- trauen der Eltern verschert, ihrer Funktion als Reallehrerin entoben.

1973 wird René Horlacher vom Zür- cher Oberseminar weggezwungen, weil er beim Malen antiamerikanischer Mauerparolen erwischt worden ist. An der Uni Zürich wird ein Diszipli- narverfahren gegen den Studenten Mathias eingeleitet. Er hat in der Mensa die Zeitschrift «Breschen der Revolutionären Marxistischen Liga» verkauft. «Das neue Verfahren zeigt, dass die Meinungsäusserungsfreiheit faktisch nur für eine Seite gilt. Die beiden rechtslastigen Blätter «Schweizerische Hochschulzeitung» und

«Schweizerische Studentenzeitung» lie- gen dank den Inserenten einer wohl- gesinnten Wirtschaft regelmässig gra- tis auf, während die auf Verkaufs- einnahmen angewiesenen linken Zei- tungen durch das Regulativ der Uni verhindert werden sollen...»

An verschiedenen Schulen für Sozial- arbeit werden gegen missliebige Do- zenten und gegen Tendenzen zuneh- mender Politisierung Massnahmen eingeleitet. Sozialarbeiter haben nicht nach den Ursachen der Wunden zu fragen, die sie verflüsten...»

Der Fall André Froidevaux

Unbedingt für Dienstverweigerer

Am 27. August 1970 verteilt André Froidevaux mit anderen Kollegen der Internation der Kriegsdienstgegner antimilitaristische Flugblätter an Ar- mee Rekruten. «Drahtzieher» Froide- vaux wird zu vier Wochen Gefängnis bedingt verurteilt. Der Aargauer Erzie- hungsrat erteilt ihm einen Verweis und droht ihm Entlassung im Wiederho- lungsfall an. Gibt zugleich zu, er sei ein «vorzüglicher Lehrer».

Das besagte Flugblatt wird weiterhin in verschiedenen Schweizer Städten,

darunter auch wiederum Aarau, ver- teilt. Froidevaux wird ein zweites Mal verurteilt. Zu 68 Tagen Gefängnis, un- bedingt. Nach Appellation an Obergericht und Bundesgericht bleibt das erstin- stanzliche Urteil aufrechterhalten: Froide- vaux muss am 11. Februar 1974 in Zug seine zweimonatige Gefängnis- strafe absitzen. Froidevaux hat im letz- ten Vierteljahr bereits keine Schule mehr gegeben. Trotzdem ergreift der Erziehungsrat Massnahmen gegen ihn: Er belegt André Froidevaux mit einem Berufsverbot für den Kanton Aargau!

konzept

Herausgeber: Verein «konzept» (Mitglie- der: Verband der Schweizerischen Stude- ntschaften, Studentenschaft der Uni- versität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikkonser- vatorien, Höheren Wirtschafts- und Ver- waltungsschulen und Schulen für Sozial- arbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626. Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Neff, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattal 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex ES 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Post- fach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss Nr. 12: 25. 11. 74
Inseratenschluss: 29. 11. 74

Angst vor einem Buch über die Arbeiterbewegung

Die Weisswäsher der roten Geschichte

Der Vorfall ist schon mehr als bedenklich: da schreiben Studenten unter Vertrag mit einem Verlag (Huber, Frauenfeld) einen Quellenband über die schweizerische Arbeiterbewegung. Auf Intervention von Professoren (Beck und Peyer) wird der Druck des schon gesetzten Werkes verhindert. Mehr noch: Auf der Umschau nach einem neuen Verleger findet sich der Suhrkamp-Verlag/Schweiz bereit, das Werk zu publizieren. Und wieder wird der Druck, diesmal durch verborgene Mächtigkeiten, abgeblockt. Die Vorfälle werfen ein Licht auf die rücksichtslose Unterdrückung von wissenschaftlichen Arbeiten durch Professoren, wie sie an der Universität in kleinerem Rahmen gang und gäbe sind. Und wenn die Autoren nun schliesslich doch einen Verleger gefunden haben, vermag es das Bild nicht zu verändern, dass da wohl Kreise sein müssen, welche sich vor dem Inhalt dieses Buches fürchten müssen.

Nicht nur ein «Fall Huber» oder ein «Fall Suhrkamp» ist die vorläufige Verhinderung des Erscheinens eines Buches mit dem Titel «Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart», verfasst von der Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich, sondern ein Fall der Arbeiterbewegung selbst.

Beziehungen durch Aktienpaket

Man erinnert sich: Auf Intervention des Professoren Beck und Peyer wurde die Publikation des schon gesetzten und umbrochenen Buches beim Hans-Huber-Verlag in Frauenfeld gestoppt. Der Verwaltungsrat hatte auf die liberal-bürgerliche Tradition des Hauses

aufmerksam gemacht. Manfred Vischer, der zuständige Lektor, zog die Konsequenzen und kündigte.

Den Autoren schien sich eine andere Tür zu öffnen: Die Verantwortlichen der neugegründeten Ausstellstelle Zürich des Frankfurter Suhrkamp-Verlags wollten das Buch in ihr Programm aufnehmen. Doch Verlagsleiter Dr. Siegfried Unseld legte dagegen und gegen das ganze kritisch-theoretische Programm sein Veto ein. Verlagsleiter Hans Ulrich Zbinden, Lektor Dieter Bachmann und Sekretärin Anne Stolz richteten wegen dieser Form schleichen der Zensur ihre Kündigung ein. Unseld redete sich auf die Neutralität eines ausländischen Verlags heraus, ein pures Scheinargument, gehört doch der Verlag mindestens zur Hälfte Balzhasar und Peter Reinhard von der Weltwirtschaftsfirmen Gebrüder Volkart in Winterthur. Jedem Branchenkenner war sofort klar, dass Unseld mit Rücksicht auf, wenn nicht auf Veranlassung von Reinhart sein sonst völlig unverständliches Nein ausgesprochen hat.

man noch mit dem Etikett Frühkapitalismus abtun, aber Ereignisse wie etwa der Generalstreik von 1918 mit zahlreichen Toten oder der 9. November 1932, als Soldaten in eine Menge Arbeiter schossen, welche gegen faschistische Kundgebungen der Frontisten demonstrierten, wobei 13 Demonstranten den Tod fanden und 39 verletzt wurden – solche Ereignisse sind nicht mehr zu entschuldigen. Sie enthüllen aber schlagartig die Klassengegensätze in der modernen schweizerischen Industriegesellschaft.

Geschichte ist nach bürgerlichem Verständnis allemal die Geschichte der Herrschenden. Dass Arbeiter sich überhaupt bewegen, dass sie als historisch Handelnde in Erscheinung treten, das verschweigen die bürgerlichen Geschichtsbücher und die Professoren an bürgerlich beherrschten Universitäten. Sie betreiben damit Geschichtsklitterung.

Die vorerst gelungenen Versuche, ein Buch mit Quellenmaterial über die Arbeiterbewegung in der Schweiz gar nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangen zu lassen, bestätigen mit aller Deutlichkeit den Anspruch des verstorbenen Basler Staatsrechtlers und freisinnigen Nationalrates Max Imboden, der sagte, die Schweiz sei im 19. Jahrhundert eine revolutionäre Nation gewesen, im 20. Jahrhundert aber eine der konservativsten überhaupt.

Mario C. Abutilla
Aus: «National-Zeitung»

GULAG auf westliche Art

Die Welt oder was sich dafür hält, die westliche Presse also, hat seitentfalten Material auf Jahre hinaus geschichtet: Alexander Solschenizyn und seine Enthüllungen, wie der Kommunismus wirklich ist. Man wusste es zwar schon immer, aber die Gelegenheit für Superprofit mit dem Kommunismusscheck konnte und wollte sich keiner entgehen lassen. So stand denn auch immer die brutale Unterdrückung der Wahrheit des Herrn Solschenizyn durch den Sowjetkommunismus im Vordergrund, die Enthüllungen über die Stalin-Aera wurden nebenbei, und schon gar nicht als Ausgangspunkt für seriöse Auseinandersetzung, verkauft.

Nun wundert sich männiglich, wer da die Demokratie-ideale unserer westlichen Welt zu Panier getragen, mit einem sauren Lächeln darob, dass so sonderbar Ähnliches auch bei uns passieren kann. Eine Publikation von Geschichtsstudenten zum brisanten Thema «Arbeiterbewegung in der Schweiz», welche zuerst im Huber-Verlag, Frauenfeld, und dann im Suhrkamp-Schweiz-Verlag hätte erscheinen sollen, wurde durch ebenso obskure wie fadenscheinig begründete Mächtigkeiten verhindert (siehe nebenstehende Artikel). Die Materialien zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung sind aber, nach dem Urteil der kompetenten Historiker Marcel Beck und Hans Conrad Peyer, unwissenschaftlich, da parteiisch. Jeder eingemessene geschichte Mensch sieht auch sofort ein, dass ein solches Buch nicht veröffentlicht werden kann. Wer sich nämlich für die (Leidens-)Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung interessiert, kann nur unwissenschaftlich sein, denn: was haben Arbeiter mit Wissenschaft zu tun? Weiter kann nur der parteilose Standpunkt einer demokratisch organisierten Wissenschaft unparteiisch wie die Geschichte der Könige, Kaiser, Kirchen und Regierungen. Wer also befürchtet hat, wir müssten nun plötzlich nach westlicher Art zubereiteten GULAG konsumieren, kann sich getrost auch weiterhin an die Originalzubereitung aus dem Osten halten.

Ruedi Küng

++ redaktionelles ++ redak

Es lebe die Frau!

(Das Fräulein ist tot)

Es gibt einen dunklen Punkt in der Vergangenheit von «konzept»: Wir waren gar nicht so fortschrittlich, wie wir meinen! Ein «konzept»-Leser, der eben eine unserer Abonnentinnen geheiratet hatte, erklärte uns nämlich am Telefon, er finde es eigentlich merkwürdig, dass «konzept» als «fortschrittliche Zeitung» noch immer das unselige «Fräulein» mit sich herumschleppe, nachdem doch nun schon öffentliche Verwaltungen dazu übergegangen seien, Frauen eben als Frauen anzureden. Das hat uns natürlich zu denken gegeben. Auf unserem Abonnementstalon steht tatsächlich: «Herrn/Frauen/rl. (Nichtzutr. streichen)» etc. Die Diskriminierung bzw. Erniedrigung der Frau hat schon oft die Spalten unseres Blattes gefüllt, und wir als Redaktion haben unsere Leserinnen stets als «Zivilisierte» und als «Frauen» angesehen. Es ist nun an der Zeit, dass auch die Administration daran erinnert wird. In Zukunft werden also keine Fräuleins mehr die Adressköpfe von «konzept» zieren.

PS: Eben erfahren wir, dass die Administration aus Vereinfachungsgründen fortan die Anrede auf den Zeitungsadressen überhaupt weglassen will (nach und nach, versteht sich). Wam! Da haben wir unsere Fortschrittlichkeit! Womit wir die Frau immerhin noch auf persönlichen Korrespondenzen leben lassen können...

Ihre Redaktion «konzept»

Zwickmühle für den Ringier-Konzern, den grössten Verlag der Schweiz. Als Unternehmen war Ringier selbstverständlich interessiert an der Ablehnung der Ueberfremdungsinitiative. Umgekehrt wusste man bei Ringier, dass viele Leser des Hauses für die NA-Initiative stimmen würden. Aus diesem Dilemma flüchtete sich Ringier in die Neutralität. Die Zofinger Druckerei weigerte sich, irgendwelches Abstimmungsmaterial für die Nein-Parole zu drucken. Weil der Name des Druckers und der Druckort hätten mitgedruckt werden müssen.

*

Vor dem Europarat hatte der Gründer der Schweizerischen Radio- und Fernsehvereinigung, Nationalrat Walther Hofer (svp.), einmal mehr Gelegenheit, seine Unkenrufe von der Gefahr der Roten auszustossen. Handelt es sich sonst meistens um die Roten innerhalb der Schweiz, so warnte er jetzt vor der «Bildung eines linksgerichteten Regimes von peruanischem Typ» in dem der Schweiz so gefährlich nahen Portugal. Zu verstehen als Musterbeispiel echt schweizerischen Neutralitätsdenkens.

*

Haben Sie etwa auch gegen die U-Bahn gestimmt; oder gegen das Express-Strassen-Ypsilon, gegen den Neubau der Quabridge? Sind Sie etwa gar für die Geschwindigkeitsbeschränkung innersorts wie ausserorts und auf Autobahnen (egal ob aus humanistischen oder anderen Gründen)? Sind Sie noch dazu für den Treibstoffzuschlag, welcher den Autofahrern mehr Geld aus den Taschen zieht (un Strassen zu bauen, auf denen Sie fahren)? Dann sind Sie einer von denen Subversiven, wohl noch mit langen Haaren und so. Herr Cincera weiss für Sie ein Plätzchen: Eisenbahnwagen (Gütertransport),



Moskau einfach! Denn eine Haltung im oben beschriebenen Sinn zu haben heisst nach diesem Herrn Hirndrehungen tatsächlich, «amokhauörig» zu sein, «Ekel an unserer Gesellschaft erwecken zu wollen» (sic!). «Das ist doch alles in Ostdeutschland abgesprochen» (sic!). So gesprochen vor dem ACS (Automobil-Club der Schweiz) – oder heisst es etwa Aktion contra Subversion? Verteidigt wird dabei jene ur-schweizerische Schlichtheit und Einfachheit, welche im Denken jener Herr Ernst Cincera gleich vordemonstrierte.

*

Einmal mehr ging es bei einem Arbeitsunfall darum, festzustellen, wer schuld ist. Der Arbeitsunfall: eine Flugzeugkatastrophe mit über hundert Toten (Hochwald in der Schweiz). Wie schwierig also, den Verantwortlichen auszumachen. Ergebnis der Recherchen: ist ein düsteres Bild eines Versägers, der schliesslich trotz vielen Rückschlägen doch noch Pilot werden konnte. Eine zweifelhafte Existenz also! Daneben, beinahe wär's vergessen worden, funktionierte ja auch noch die Navigationselektronik nicht mehr, obwohl es von Piloten früher schon angezeigt worden war. Da waren Reparaturen nicht gemacht worden. Vielleicht aus Scheu vor den Kosten? Aber das hat ja nichts zu sagen.



1. Es herrscht "Frieden" im Land.



2. Da erscheint ein Fuchs mit einer Bombe. 3. Die Bombe platzt.



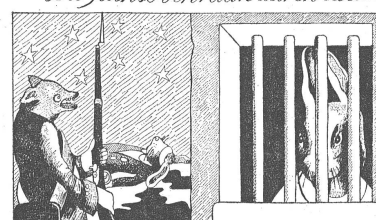
4. Unschuldige Tiere werden getötet.



5. Es herrscht Unruhe im Land.



6+7. Die Füchse verbreiten durch Lektüre: "Die Hasen haben Bombe gelegt!!!"



8. Die Hasen werden erschossen oder kommen ins Gefängnis. 9. Die verängstigten Tiere sind bereit ihren autoritären Staat zu akzeptieren.

Walter Matthias Diggelmann: «Erlesenes»

Auf den Hund gekommen

In Steffisburg bei Thun lebt ein Mann, ein Hundeliebhaber, ein Hundezüchter, der jahrelang Zentralpräsident des Schweizerischen Hundezüchterverbandes war. Er verzichtete auf dieses ehrenvolle Amt, nachdem er herausgefunden hatte, nachdem ihm bewusst geworden war, wie schrecklich der Mensch auf den Hund gekommen ist. Im buchstäblichen Sinn. In der «Deutschen Volkszeitung», hierzulande kaum gelesen, steht geschrieben: «In der Werbeschrift eines Hundeverbandes wird berichtet, dass von den etwa 300 000 deutschen Schäferhunden 100 000 als scharf bezeichnet werden können, und es wird davon gesprochen, dass der Schäferhund der «Schrecken der Umwelt» sei».

Bei uns in der Schweiz, so berichtet mein Gewährsmann, werden «scharfe Hunde» gezüchtet, die «Hundeabrichter» gehören in der Regel irgendeinem Polizeikorps oder irgendeinem vaterländischen Verein an, sie richten Hunde zu scharfen Hunden ab und pflegen gleichzeitig eine unzeitgemässe oder gar verlogene Folklore. Und was geschieht mit diesen «scharfen Hunden»? Der Schah von Persien ist Abnehmer, früher Portugals Regierung, selbstverständlich des Franco-Regime, Südvietnam, die US-Abwehr CIA und daneben private Milliardäre und solche, die es werden möchten, oder beispielsweise Fluchthelfer wie Lenzlinger in Zürich. «Scharfe Hunde», die darauf abgerichtet sind, Menschen anzugreifen. «Scharfe Hunde», die gegen Demonstranten, misshandelte Schwarze, überhaupt Aufständische erfolgreich eingesetzt werden. «Scharfe Hunde», die teuer bezahlt werden. Von den Tyrannen. Und die «Hundeabrichter» geben sich als «Hundeliebhaber» aus. Wahrscheinlich, wo der gutbürgerliche Schweizer Profit machen kann, ist er immer dabei.

Dass das Grosskapital geschützt werden muss, habe ich in der «Weltwoche» gelesen. Im Vorabdruck des Sachbuches von Carl M. Holliger «Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz» (Hoffmann und Campe) las ich den rührenden Bericht über die Hoffmann-La-Roche-Bande (als Gegenstück zur Baader-Meinhof-Bande). Also es geht da um den berühmten Dirigenten Paul Sacher, der in die Hoffmann-La-Roche-Bande eingekleidet hat und der angeblich über den Lebensanteil des Musikmilliardars verfügen verfügt. Aber dem Armen wird emsig unter die Arme gegriffen. Die basellandschaftliche Regierung erlaubt ihm, nur einen Teil seiner Einnahmen zu versteuern. Müsste er Steuern bezahlen wie jeder Schweizer Bürger, dann müsste der arme nämlich Aktien verkaufen. Und das wäre doch ungerecht. Ihn gegen es ist gerecht, dass jeder Arbeiter aufgrund des obligaten Lohnausweises eingestuft wird. Ich selbst musste kürzlich zwei Bankobligationen verkaufen (übrigens die einzigen, die ich besass), um die Steuern bezahlen zu können. Mein Hinweis auf die Tatsache, dass ich in den Jahren 1973 und 74 zwar viel gearbeitet, aber wenig verdient hätte, wurde nicht honoriert. «Verkaufen Sie Ihre Obligationen», sagte der Chefbeamte. Nun habe ich einmal mehr erfahren: Reich muss man sein, um nicht arm zu werden...

Das deutsche Kartellamt hat festgestellt, dass die Medikamente Valium und Librium (Hoffmann-La-Roche-Produkte) bis zu dreissig und vierzig Prozent zu teuer verkauft werden. Haben wir nicht vor etlicher Zeit ähnliches aus England gehört? Womit soll unser berühmter Paul Sacher in Zukunft die Minimalsteuern bezahlen, wenn er

nebst Musik keine chemischen Beruhigungsmittel mehr mit Profit verkaufen kann? Armer Paul Sacher, armer Pratten, armer Kanton Basel-Land, armer Bund, armer Bundesrat Chevallaz! Und arme Militärviatik! Das heisst, es wird Chevallaz, dem kleinen, jedoch tapferen Waadtländer, schon eine Lösung einfallen. Er hat sie ja auch schon angedeutet: Man könnte die AHV-Renten nicht dem Lebenskostenindex entsprechend erhöhen und dafür ein Dutzend mehr Spielzeuge für unsere Militärpiloten anschaffen. Schliesslich muss unsere Armee den Wohlstand der Wohlständigen schützen und beschützen können. Die Alten und Armen werfen er nie ab. Und die Alten und Armen können das Wahlbudget der Liberalen auch nicht wesentlich positiv beeinflussen. Es ist halt so: Man muss sich an die halten, an die man sich hält.

Gelesen in sämtlichen Tageszeitungen, die gerade greifbar waren: Spanische Linksaussen, die über Francos Terror-Regime bei uns sprechen wollten, wurden ausgewiesen. Flüchtlinge aus Chile will Bundesrat Furgler (der nicht Manns genug ist, öffentlich gegen die Exilanten einzutreten, jedoch Manns genug Bundesrat zu werden), also die chilenischen Flüchtlinge will Furgler auch nicht. Ein Nobelpreisträger, mit dem Nobelpreis belohnt für seine antisowjetischen Schmähreden, darf sich in jeder Beziehung politisch betätigen, er will – so eine «Spiegel»-Meldung, die er allerdings dementiert hat – neuerdings sogar ein Welttribunal gegen die Sowjetunion inszenieren. Da frage ich mich allerdings, ob der Vorort da noch mitmacht? Apropos Chile: Die Werke von Thomas Mann, Puschkin, Dostojewski, Tolstoi und Jack London sind auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt worden, Furgler: Quo vadis?

Der Berner Troubadour Stirnemann schrieb mir, kürzlich habe sich ein Reporter aus Deutschland nach Zimmerwald begeben, den Spuren Lenins folgend. Doch in Zimmerwald mochte sich keiner an den Namen Lenin erinnern und schon gar nicht an die berühmte Zimmerwald-Konferenz. Nur ein altes Weibchen sagte zum deutschen Reporter: «Wofür, moit, da isch einisch eine gsi, ja, ja, Lenin het er gheisse, aber d'ich du u me furt gange, u sieder het du ömü d Wäut nit me vonim ghört.» Ein Berner Grossrat habe kürzlich den Antrag gestellt, das Haus, in welchem die weltgeschichtlich bedeutsame Zimmerwald-Konferenz stattgefunden habe, sollte in Gemeinbesitz übergehen und unter Denkmalschutz gestellt werden. An einer der nächsten Sessionen des bernischen Grossrates sei ein Zimmerwald-Abgeordneter mit einem Bruchstein erschienen, habe erklärt, die Anfrage sei damit erledigt, vom besagten Haus sei nur noch dieser Stein übriggeblieben. Die Zimmerwaldner hätten, aus Angst davor, als Kommunisten in die Schweizer Geschichte einzugehen, das Haus schnell, schnell abgerissen. Man könne, meinte der tapfere Winkelried aus Zimmerwald, diesen Bruchstein nach Moskau schicken. Ins Lenin-Museum. Da habe sich Arthur Villard erhoben und gesagt: «Die Beziehungen Schweiz-Sowjetunion haben sich offensichtlich gebessert. Jetzt wollen wir denen nur noch Bruchsteine schenken. Vor nicht allzu langer Zeit wolltet ihr noch nicht und meinetwegen nach Russland schicken.»

Nun, die Russen sind eben doch stärker. Sie können es sich leisten, uns einen Nobelpreisträger zu schicken. Wir höchstens einen Bruchstein. Haben wir auch das Furgler zu verdanken?

konzept im Oktober

Organisierte Demütigung

Was in den psychiatrischen Kliniken verändert werden muss

Gesellschaft Schweiz-Südafrika

Exklusivdokumente: Wie die Wahrheit über ein rassistisches Investitionsgebiet unterbunden wird.

Weisse und schwarze Schafe

Cartoon von Mario Grasso

Politische Tätigkeit im Militär

Militärjustiz gegen Presse- und Informationsfreiheit

Studie zur Unrast der Jugend

«Die heutige Jugend ist nicht schlechter, sondern nur gescheiter. Deshalb macht sie Schwierigkeiten.»

Die Konzerne rüsten für das Video-Zeitalter

Die Nummer kann gegen Fr. 1.20 in Briefmarken nachbestellt werden. Bei konzept, Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Gratuliere!

Ihre Zeitung ist mindestens so dumm wie die meisten lokalen Tageszeitungen, mit dem Unterschied, dass Ihre Zeitung «linksdumm» ist. Was Sie schreiben, haben längst kompetentere Leute auf sachlichere Weise publiziert.

ECHO

Es würde mich sehr interessieren, wer Ihre Zeitung finanziert. Zeitungen haben heute ja Mühe zu existieren. Sind Sie vielleicht Söhnchen von Sulzer oder Bührle mit Linksdrall, oder zahlt «Towarischtsch Breschnjew» (russisch geschrieben, die Red.) die Druckerei mit dem Gelde, das er aus seinen westlichen Kolonien Ungarn, Tschechoslowakei, DDR und Polen saugt?

Meine Herren, ich habe in meiner Jugend gearbeitet, und zwar 16 Std. am Tag für 625 Fr. im Monat.

Ich bin für Sozialismus, aber für einen echten, gesunden. Die Art, wie Sie schreiben, ist zu giftig, zu kurzschichtig, zu nichts als zum Hetzen nütze. Wenn Leute wie Sie zum Zuge kommen in der Politik, geht das Elend auf dieser Welt weiter mit ungekehrten Vorzeichen.

Der Kommunismus ist genau so ein Versager wie die christliche Kirche. Meine Herren, gehen Sie erst mal tüchtig arbeiten, und wenn Sie reifer geworden sind, schreiben Sie wieder.

Barbara Schwyn, Biel

Immer weiter!

«Haut ab in euer Paradiesa, Le-schrieb von J.-P. Reine, konzept Nr. 9/74, Sept. 74

Lassen Sie sich durch anpasslerische und überläuferische pseudosolidarische Zuschriften wie jene des 22-jährigen St.-Galler Studenten nicht beeinflussen, zumal sie in der gewöhnlichen schweizerischen unseriösen, arroganten und lächerlichen Art verfasst sind (wenn Argumente fehlen, greift man zur persönlichen, aggressiven Polemik). Ich habe zum ersten Mal Ihre Zeitung gelesen und glaube es kaum: alles spricht mir aus meinem Gedankengut und meinem Herzen. Dafür kann ich nur danke sagen.

Markus Grass, Gebenstorf

Gegen geistige Umweltverschmutzung

«Sozialer Liberalismus: Möglichst viel Freiheit für alle», konzept Nr. 6/74, Juni 1974

Ich bin auf «konzept» abonniert, um regelmässig über Gedankengänge informiert zu werden, die in den führenden Tageszeitungen oft nur bruchstückhaft dargelegt werden. Deshalb erwarte ich, in der Lektüre fundierten Ausführungen folgen zu können. Die Nummer vom 20. Juni ist in dieser Hinsicht enttäuschend ausgefallen: Die Bildeleien eines Diggelmann sind nur als Beiträge zur Individualpsychologie lesbar, und die «Thesen zur Wohnungsnot...» demonstrieren trefflich, weshalb die Neue Linke auf der ganzen Welt in Auflösung begriffen ist.

Anerkennenswert ist aber das «konzept»-Gespräch mit Nationalrat Jäger und interessant der Kommentar von Rolf Nef. Freilich stellten sich im Anschluss an letzteren eine Reihe von Fragen:

– Was ist gesellschaftliches Wohl, und wie stellt man es fest? Und wer übernimmt die Verantwortung, es richtig festgelegt zu haben?

– Welches sind die gesellschaftlichen Ziele, die man planen können sollte? Wer legt sie fest? Wer führt sie aus? Wie werden sie und ihre Ausführung öffentlich kontrolliert? Und wer kontrolliert die Kontrolleure?

– Was heisst «areale Vergesellschaftung der Organisation des Wirtschaftsprozesses»? Und wie sieht das in der Durchführung aus?

– Unumwunden kann man zustimmen,

In dieser Spalte veröffentlicht «konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, die möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Dass vermehrte Partizipation (mehr Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung) ermöglicht. Aber wenn Rolf Nef weiterfährt, sie bringe auch «mehr Einfluss und Macht», so wird man gleich stutzig und man fängt an zu fragen: Mehr Macht für wen? Auf Kosten von wem? Und wer sorgt dafür, dass durch diese Machtausübung nicht wiederum

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Nein, lieber Herr V. Oe. in K., Sie sind durchaus auf dem Holzweg, wenn Sie behaupten, dass die Unternehmer nur ihren Profit und ihre Wirtschaftsinteressen im Auge hätten und sonst nichts. Bedenken Sie doch, mit welchem millionenschweren Aufwand die Unternehmerrunde Mitte Oktober – im Rahmen einer landesweiten Aktion – für Menschlichkeit und Solidarität gewonnen haben! Bedenken Sie diese ungenutzten, humanen Aufrufe, die man auf Plakatwänden und ganzen Zeitungssseiten fand, etwa nichts?

Frau A.F. in Bern. Die Gerüchte, wonach Bundesrat Furgler nach einer allfälligen Annahme der dritten Ueberfremdungsinitiative durch das Schweizer Volk sofort demissioniert hätte, kann ich voll und ganz bestätigen. Als Eingeweihter kann ich Ihnen ergänzend noch mitteilen, dass Herr Furgler diese

Zürichs grösste Auswahl

la Capa
LEVI'S
Tolli Tschins i jeder Form
poschetel me bim Willy Korn
Jeans-Shop beim Poly
Sonneggstrasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung Legi 5% Rabatt

Auswahlen in die ganze Schweiz

Selbstverwirklichungsrechte verletzt werden? Oder ginge es nur auf Kosten von Scheinrechten? Und wer wäre dann zur Unterscheidung und Grenzziehung befugt?

– Ebenso ist es zutreffend, dass «durch den Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen die Macht zersplittert» werden kann. Wie aber ist danach das Problem zu meistern, wie die Menschen miteinander arbeiten und leben können sollen statt in einer zersplitterten Gesellschaft gegeneinander, nach dem Gesetz des Stärkeren?

– Wie muss die Mitbestimmung geartet sein, die als Übergang zur Selbstbestimmung taugen soll? Und was könnte in gesellschaftlichen Belangen Selbstbestimmung sein?

Ich breche mit meinen Fragen jetzt ab. Und ich hoffe, dass man sich auch in Ihren Kreisen dieser Zusammenhänge gründlich annimmt: Sie würden sich um uns und unsere Zukunft verdient machen, wenn Sie mitthelfen, die geistige Umweltverschmutzung zu überwinden. Reinhard Buess, Männedorf

seine Absicht kurz vor der Abstimmung am Fernsehen öffentlich bekanntgeben wollte, dies aber auf dringliches Anraten seiner Magistratskollegen dann doch unterliess. Der Gesamtbundesrat, so hiess es in einem internen Communiqué, wolle die Annahme der Initiative nicht noch provozieren.

Sie befürchten mit Recht, Herr K. Krieger in Bombach ZH, dass sich Major Cincera mit seinem vor dem ACS gehaltenen Vortrag über «Agitation gegen Auto, Strassen und Verkehr als Mittel subversiver Strategie» in gewissen Kreisen etwas unglaubwürdig gemacht habe. Namentlich die lärmgeplagten Anwohner von Hauptstrassen, so führen Sie weiter aus, seien verunsichert, da deren Gesundheit und Wohlbefinden bisher weit mehr durch die Verkehrsmissionen als durch subversive Elemente untergraben worden seien. Gerade hier aber müssen Sie mit aller Schärfe erkennen, wie raffiniert und heimtückisch die linken Gruppen in ihrer Ablehnung von verkehrsfreundlichen Verkehrsanlagen vorgehen. Schliesslich ist in unserer freiheitlichen Demokratie niemand gezwungen, an einer verkehrsfreundlichen Hauptstrasse zu wohnen.

PS: Um das doch etwas angeschlagene Image von Herrn Cincera aufzupeichern, hat das EMD seine sofortige Beförderung zum Obersten verweigert. (Vgl. auch Frontkommentar)

wir wollen die beste Krankenversicherung

Die Initiative bringt ein echt schweizerisches Sozialwerk wie die AHV:

- umfassende Krankenversicherung für alle
- Übernahme von normalen Zahnbehandlungskosten
- eine echte Mutterschaftsversicherung
- gleiche Lohnausfalldeckung bei Krankheit wie bei Unfall
- sozial gerechte und für Familien tragbare Prämien durch ein Beitragssystem ähnlich der AHV
- freie Wahl von Arzt und Krankenkasse
- eine möglichst einfache Organisation

Der Gegenvorschlag bringt ein halbpatziges, kompliziertes Flickwerk. Die kleinen und mittleren Lohnempfänger werden übermässig belastet, ohne jedoch ausreichend versichert zu sein.



Soziale Krankenversicherung

Initiative

Gegenvorschlag NEIN

Aktionskomitee für die Initiative Soziale Krankenversicherung

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sogenannten «Kultursphäre» besprochen werden. Wohlbermerkt: Wir werden weder die neuesten Filme ankündigen noch die Bayreuther Festspiele besprechen. Denn wir verstehen unter Kultur etwas Umfassenderes als den Elite-Unterhaltungsbetrieb fürs gehobene Bürgertum. Da gehört die Werbung ebenso dazu wie die drei Wochen Ferien auf Mallorca, die Gestaltung unserer Städte nicht weniger als unsere gesellschaftlichen Umgangsformen. Wir sehen die traditionelle Kultur (Musik, Theater, Literatur, Film etc.) in diesem erweiterten Zusammenhang.

«Gold ist Liebe»

Wer Zeitung liest, liest auch Reklame. Da kann einer noch so beharrlich weiterblättern, Text- und Inseratenteil sind meist so geschickt ineinander verzahnt, dass das Auge einfach hängenbleiben muss: an fetter Schrift und qualitativem Vierfarbendruck, die ihn zur Reise in ein fernes Land, zum Kauf einer bestimmten Whisky-Marke oder zur

Buchung bei einer der unzähligen Fluggesellschaften verlocken wollen. Appelliert wird so ziemlich an alles, was dem Menschen menschlich ist: an Fernweh und Abenteuerlust, an Sex und herbe Männlichkeit, an Qualität und Exklusivität, an Sparwillen und Verschwendungssucht. Ob's ärgert oder freut, ist den Profis dieser Branche egal, Hauptsache: es bleibt hängen.

Die einen machen's wie Jägermeister, schreiben: «Einer für alle» und rechnen damit, dass von allen wenigstens einige der Aufforderung Folge leisten; die andern halten's mit Dupont, Tissot und Patek Philip und schreiben: «Für einige wenige», in der Hoffnung, dass alle zu den wenigen gehören wollen. Der Trick zieht, und die Zeit ist nicht mehr fern, da werden wir lesen: «Rolls-Royce – das Auto, das sich keiner leisten kann.» Warum auch nicht, bei den heutigen Benzinpreisen.

Aber nicht nur Zigaretten, Alkohola und Autos wollen unter die Leute gebracht sein, auch Schmuck muss sich verkaufen; das Gold ist nicht billiger geworden in letzter Zeit. Und was eignet sich da besser als das Hohelied der Liebe und der Appell an männliche Grosszügigkeit. «Gold ist Liebe» steht da über eigenwillig gestalteten Schmuckstücken, «Meine Frau ist ein

Juwel» über einem Inserat für Brillanten. Da sieht man dann das «Juwel» mit Juwelen an den Fingern in allen Lebenslagen: beim Apfelschalen, beim Stricken, beim Lesen, im Nachmittagskostüm und im Abendkleid. «Diamanten sind Geschenke der Liebe» und «Meine Frau ist ein Juwel» – früher nannte man sein Dienstmädchen, so man eins hatte, eine «Perle».

Das bringt mich zum Thema. Ich hätte die eher langweilig gestaltete Doppelseite im «Spiegel» gewiss übersehen, wäre nicht der fette Zweizeiler gewesen: «Wo du hinfliegst, da will auch ich hinfliegen.» Mir ist da zuerst die Bibel eingefallen und dann das Duett zwischen Polly Peachum und Macky Messer aus Brechts «Dreigroschenoper», aber der hat's ja auch aus der Bibel genommen: «Buch Ruth», wenn ich nicht irre. Nicht dass ich in meinem religiösen Empfinden verletzt geweltet wäre, so stark entwickelt ist das bei mir nicht. Nur, es ist mir eben aufgefallen, und das war wohl auch bezweckt von der Firma GKG in Basel. Jedenfalls las ich weiter und erfuhr, dass die Swissair der Gattin eines Geschäftsmannes 50% Rabatt gewährt, wenn sie mit demselben irgendwo hinfliegt. Aber so einfach war das natürlich nicht formuliert und hätte mir so auch nicht zu denken gegeben, sondern: «Geben Sie doch bei Ihrer nächsten Geschäftsreise nach...» – hier folgen genau 32 europäische Städtenamen – «noch einen oder zwei Tage zu – und nehmen Sie ihre Frau mit. Schlusslich ist es doch nicht mehr als recht und billig, dass sie auch einmal etwas von Europa sieht, wenn sie schon einen so erfolgreichen internationalen Geschäftsmann als Gatten hat... Und Sie werden feststellen: Ihre Frau ist erstens unterwegs genauso unentbehrlich wie zu Hause und zweitens viel abenteuerlustiger, hübscher und amüsanter, als Sie das in Erinnerung hatten. Sie muss bloss endlich mal wieder raus aus den heimischen vier Wänden. Wenn Sie also demnächst...»

«konzept» hat die Werbeserie «Gold ist Liebe» in einem ausführlichen Artikel untersucht (erschienen in Nr. 274, Febr. 74). Die Nummer kann gegen 1.20 Fr. in Briefmarken nachbestellt werden bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

abenteuerlustig, hübsch und amüsant ist, wie der ach so abenteuerlustige, hübsche und amüsante Gatte sich das geträumt hat? Offensichtlich ja. Und damit nun der erfolgreiche internationale Geschäftsmann in den grossen Städten nicht immer fremd zu gehen braucht, was ja auf die Dauer auch anstrengend ist und nur allzuoft Schere reißen mit sich bringt, nimmt er sein Heimchen eben gleich mit. Heimchen sind auch in der Fremde ja so unentbehrlich! Eheschutz dank Swissair, und überdies zu ermässigten Preisen...

Klara Obermüller



«konzept» weist an dieser Stelle regelmässig auf neuerschlossene Bücher für Studium und politische Praxis hin.

Liebnecht als Theoretiker

ng. Den Praktiker und militanten Kämpfer, den Mitgründer der KPD, Karl Liebnecht, kennenzulernen aus seinen theoretischen Leistungen, das ermöglicht wieder eine Neuausgabe seiner Schriften. Diese sind zwar gröss-

Karl Liebnecht: Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Herausgeber: Ossip K. Flechtelheim Reihe Kritische Wissenschaft, ca. 300 S., ca. 32 DM

teils fragmentarisch, was nicht verwundert, wenn man seine Biographie kennt. Zwischen 1907 und 1909 zum Beispiel sass Karl Liebnecht in Festungshaft wegen Hochverrats. Und aus dieser Zeit stammen auch die ersten Aperçus und Essays, welche Grundlage bilden für das zehn Jahre später niedergeschriebene Manuskript. Er behandelt darin die Grundbegriffe und Gesetze von Gesellschaft und Kul-

Die ExpoGE 74, eine Wanderausstellung mit Bildern, Graphiken, Illustrationen, Plastiken und Texten von Straßengängern, befindet sich bis zum 30. November in der Galerie Urlo, Sternplatz 6, Luzern, und vom 2. bis 21. Dezember in St. Gallen. Die ExpoGE bietet erstmals eine umfassende Schau des kreativen Schaffens in Deutschschweizer Gefängnissen und Zuchthäusern.

ture, es geht ihm um die Zusammenhänge von Unterbau und Überbau, um die Deutung von Religion, Kunst, Moral, Politik und Arbeit. Für viele orthodoxe Kommunisten ist es zwar schwer zu ertragen, dass sich einer der Väter ihrer Bewegung nie Marx, Engels und Lenin ganz unterworfen hat. Doch geniesst Karl Liebnecht immerhin als Praktiker so viel Sympathien, dass ihm auch bei seiner theoretischen Arbeit ein gewisser Vorschuss gegeben werden muss. Der Historiker der Arbeiterbewegung wird kaum um dieses Buch herumkommen.

CIA intim

Ein Buch mit leeren Stellen und mit fettgedruckten Passagen: mit Zensuren und rückgängig gemachten Zensuren. Zensor: die amerikanische Regierung, auf

CIA von Victor Marchetti und John D. Marks Deutsche Verlags-Anstalt, 1974

deutsche verlagsanstalt

Veranlassung des amerikanischen Geheimdienstes handelnd. Schreiber: Victor Marchetti und John D. Marks, ehemalige hohe Kader in der CIA. Das Buch, welches zwar nicht die gesamte amerikanische Regierung und ihre Administration in Frage stellt, enthüllt doch auf eindrückliche Weise, was alle fortschrittlichen Kräfte gewusst haben, was aber von offizieller Seite immer wieder dementiert worden war: die Einnischung der CIA in die Angelegenheiten fremder Länder durch sogenannte «Sonderoperationen». Die vielleicht bedeutendste Enthüllung aber ist folgende: Die amerikanische Regierung war fast immer der Auftraggeber, die CIA nur Ausführend! (Siehe auch den ausführlichen Artikel in dieser Nummer!)

Aus USA ORIGINAL

Für Wintertage
BLUE JEANS:
Wrangler
Lee Cooper
Levi Strauss

Lee

Armee-Schlafsäcke
Feldjackett und Hosen
Reporterärmel
Fliegerjackett
Nylon-Gestellrucksäcke
Lee Riders und Jackett
Occ. Marine-
Lammfellstiefel
Lederbekleidung usw.
Grossauswahl
in Occasionen

Boeing-
Lumber Nylon
oder
Baumwolle
Bomberjackett
in Fell u. Leder
Occ. Marine-
Pullover
Wintermützen
Lammfell

Versand ganze
Schweiz

Gratisprospekt

BACKERSTRASSE 22
8004 ZÜRICH
Tel. (01) 23 90 67

RAY AND JEANS SHOP
IMBACH

Santé!



Erläutere Tabake, Fein im Aroma. Die exklusive Class-A Cigarette. Und jede Kent mit Micronite-Filter.

What a good time...

INTAS K240

team im Dezember



Emanzipation: ALLE GEGEN ALLE

Fotografie: JUNGE PORTRÄTIEREN JUNGE

Lyrik und Musik: HEINRICH HEINE AUF DEN KOPE GESTELLT

Exklusivinterview: LEONARD COHEN

TEAM 12 ist am 1. Dezember am Kiosk

«konzept»-Gespräch mit dem VSS-Vorstand

Kleine Schritte zum «grossen Sprung nach vorn»

Arbeitgeber vereinigen sich zur Durchsetzung ihrer Interessen in Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmer verteidigen ihre Anliegen so gut sie können in Gewerkschaften. Von der Grossindustrie zum Kleingewerbe: keinem fehlt's an einer Interessenlobby. Kaninchenzüchter treten einem Kaninchenzüchterverein bei, aufgeschreckte Ewiggestrige Hofers Radio- und Fernsehvereinigungen. Und Studenten? Studenten haben vor 54 Jahren den «Verband der Schweizerischen Studentenschaften» (VSS) gegründet. Dieser VSS begnügt sich lange Zeit damit, für die Studenten einige Vergünstigungen zu ergattern – etwa so wie eben ein Automobilverband sich für möglichst niedrige Benzinsteuern einzusetzt. Daneben hatte er sozusagen noch eine

Prestigefunktion: Er «vertrat» die Schweizer Studenten an ausländischen Studentenbörsen usw. So lange wurde er auch von keiner Seite je angegriffen. Nicht mehr in die politische Landschaft passte er jedoch interessanterweise genau von dem Zeitpunkt an, als er sich um Wesentliches kümmerte: Er griff in die bildungspolitische Auseinandersetzung ein, ja war manchmal sogar deren eigentlicher Auslöser. Seither gibt es Leute, die am liebsten möchten, dass es als VSS nur noch die «Vereinigung Schweizerischer Strassenfahrmänner» gäbe. Was will der VSS? Was tut er? «konzept» wollte mehr über die Situation des Dachverbandes der Studentenschaften wissen. Deshalb unterhielt sich Pierre Freimüller mit den drei Mitgliedern des VSS-Vorstandes.

«konzept»: Bei den Studenten und in einer weiteren Öffentlichkeit hat sich der VSS in den letzten Jahren vor allem mit seiner Initiative für eine bessere Ausbildungsfinanzierung («Lau-sanner Modell/LM») einen Namen gemacht. Im letzten Sommer wurde dieser «Spitzenreiter» des Verbandes plötzlich zum Hemmschuh: Die Initiative wurde zurückgezogen. Dieser Rückzug war für den einen oder anderen, der sich noch an der Unterschriftensammlung beteiligt hatte, vielleicht enttäuschend.

WGH: Der Rückzug erfolgte nicht aus formalen Gründen, sondern er beruhte wesentlich auf der nicht mehr vorhandenen Übereinstimmung zwischen den Ansätzen des LM, die das Problem individualisierten, und der Entwicklung einer studentischen Politik in den letzten Jahren. Diese Ansätze gingen davon aus, die Bildung, die sich der einzelne erwirbt, sei ein individuelles, nur ihm selbst zugute kommendes Gut. Aber es steht doch sicher fest, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche Funktion hat, dass also derjenige, der sie sich aneignet, dadurch viel eher zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, als dass er sich selbst Privilegien verschafft. Mit diesem Hintergrund ist von einer Ausbildungsfinanzierungspolitik zu erwarten, dass sie die Aufwendungen, die für ihre

«Das Problem hat sich noch dadurch verschärft, dass sich der Bedarf nach Akademikern in der Nachkriegszeit sprunghaft erhöht hat. Ein akuter Mangel machte sich zuerst bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern geltend, die für die Industrie und das Wirtschaftswachstum von besonderer Bedeutung sind.» (Bericht Schultz, 1963)

«Akademikerproletariat» – ein Mythos

Als eines der wichtigsten Mittel zu diesem «Anpassung» an die neuen Umstände kann wohl der Numerus clausus (NC) gelten. Man spricht wieder davon, in Bern vierzehn Medizinstudenten zu eliminieren, nachdem schon im vergangenen Jahr über hundert Studenten in den ersten Semestern ins Welschland geschickt werden mussten. Auch bei den Psychologen ist die Lage kritisch, und sogar St. Gallen erlegt eine Beschränkung der Studiendauer. In Zürich wurde eine ungleiche Behandlung der Studenten aus Nichthochschulkantonen ins Auge gefasst. Nicht zu sprechen von den zusätzlichen Examina und Klausuren, der stärkeren Belastung der Studenten, die in erster Linie die weniger Begünstigten, zum Beispiel die Werkstudenten, treffen, das heisst, nur eine unauffälliger Form eines NC darstellen.

MB: Ja, der NC beherrscht seit einiger Zeit den westlichen Hochschulbereich. Ich bin überzeugt, dass in dieser Hinsicht die Pläne, wie diese Katastrophe zu verwalten sei, bereits gemacht worden sind und dass sie in den nächsten paar Jahren oder sogar Monaten realisiert werden. Der NC wird für das Fach Medizin zuerst eingeführt werden. Wir betrachten aber das Argument – es ist ein antinödiges liberales Argument – dass es in erster Linie darum ginge, dass soundso viele Bildungswillige, die in einem Fach studieren möchten, darum gebracht werden, sich zu «verwirklichen», nicht als das zentrale. Es geht doch auch darum, dass bei Einführung des NC in

Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Elchstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

einem Fach wie Medizin es zu einem bestimmten Zeitpunkt zu wenig Ausgebildete hat. Dies wiederum hat zur Folge, dass die ärztliche Versorgung der Bevölkerung abnimmt oder sich zumindest nicht verbessert. Im Zusammenhang mit dem NC wird sehr oft mit Prognosen operiert – periodisch wird zum Beispiel das Gespenst des «Akademikerproletariats» heraufbeschworen. Keine dieser Prognosen ist wissenschaftlich abgesichert. Wir sind der Überzeugung, dass dies, selbst wenn die Hochschule als System in den Griff der Statistiker geraten ist, sich nicht ändern wird, solange die Universität Teil eines sich leider anarchisch entwickelnden gesellschaftlichen Systems ist. Es müssen also eine universitäre Planung hineinkommen.

Vorteile für jeden

«Prognosen», «Störgrössen», «anarchische Entwicklung» – sind dies nicht Begriffe einer für das Gros der Studenten relativ abstrakten Auseinandersetzung? Ich will damit sagen, dass die einzelne Student doch gewisse Schwierigkeiten haben dürfte, hier die Verbin-



VSS-Haus in Bern, Gartenseite.
Auch von hinten eine saubere Politik.

dung zu seinen eigenen Problemen zu finden. Was auch immer die Gründe dafür sein mögen, erheben sich Grundsatzdiskussionen in helvetischen Gauen nur selten einer grossen Popularität. Und wenn gar dafür ein – noch so bescheidener – Beitrag bezahlt werden muss, dann ist die Reaktion schon oft sauer. Vielleicht noch das: Wenn sich der VSS gegen den NC einsetzt oder seine Postulate für eine bessere Bildung in der Zukunft vertritt, dann zollen ihm die Studenten, die ja schon an

einer Hochschule «untergekommen» sind und eben unter den heutigen Bedingungen studieren müssen, nur wenig Anerkennung dafür – sie fühlen sich ja eigentlich nicht direkt betroffen.

WGH: Es besteht natürlich die Gefahr, dass im Verlaufe der bildungspolitischen Diskussion zuwenig beachtet wird, dass der VSS auf Gebieten tätig ist, die ganz unmittelbare Verbesserungen der Lage des einzelnen Studierenden erbringen. Ich denke dabei an die Aufrechterhaltung des Bücherrabatts für Studierende oder an die Organisation der Dissertationszentrale, ich denke auch daran, dass der VSS Informationen über Möglichkeiten der Gewährung von Auslandsstipendien gesammelt hat und sie Interessierten zur Verfügung hält. Es wäre nun aber falsch, diese Dienstleistungen als ständige Interessenpolitik in dem Sinne zu verstehen, dass wir darauf hinaus wollten, nur dem Studenten einer Hochschule diese Privilegien zu verschaffen. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass sich eine solche Vergünstigung und Dienstleistungspolitik nur dann rechtfertigt, wenn sie sich – zumindest der Perspektive nach – auf alle erstreckt, die sich in einer durch ihre Ausbildung bedingten unterprivilegierten Lage befinden. Wir haben deshalb beispielsweise immer Gewicht darauf gelegt, in den Verhandlungen um den Bücherrabatt die Formulierung «im Ausbildung Stipendiaten» einzusetzen. Dieses Vorgehen erscheint uns vor allem deshalb als das einzig sinnvolle, weil der Student – zumindest was die Perspektive seiner Berufsaussichten betrifft – in keiner grundsätzlich anderen Situation steht als jeder Lohnabhängige. Sonderprivilegien sind deshalb nicht bloss von einem allgemeinen ethischen Standpunkt her abzulehnen, sondern auch von der konkreten Situation des Intellektuellen her nicht zu rechtfertigen.

Es gibt jedoch Leute, die behaupten, wenn der VSS diesen Standpunkt einnehme, sei er einseitig, denn es gebe ja auch Begünstigte unter den Studenten und solche, die einmal nicht lohnabhängig arbeiten. Und der Verband habe auch deren Interessen zu vertreten. Stimmt dieses Bild überhaupt noch mit der Wirklichkeit überein?

MB: Die Universitäten – und wenn auch in geringerem Ausmass – die Hochschulen, waren früher traditionellere Ausbildungsstätten einer bestimmten Schicht: derjenigen der «besseren Leute». Das hat sich in den letzten 20 Jahren geändert. Als Interpunktion dieses Veränderungsprozesses nenne ich den «Sputnik-Schock». Damals wurde sichtbar, dass sich der Westen in einem vermuteten Defizit auf bildungs- und wissenschaftlichem

Gebiet befand. In der Folge zeigte es sich, dass das Potential, das der Schicht der «besseren Leute» zu entziehen war, nicht genügt, um Positionen in Staat, Wissenschaft und Gesellschaft mit Leuten mit genügendem »Know-how« zu besetzen. Es mussten:

«Die umfassenden sozialen Wandlungen, in denen wir stehen, und die akuten Schwierigkeiten der Befriedigung des Nachschubbedarfes in allen denjenigen Berufszweigen, die von der gegenwärtigen und weiter zu erwartenden Expansion unserer Gesellschaft und Wirtschaft berührt werden, nötigen zu einer systematischen, langfristigen Arbeitsmarktpolitik oder beruflichen Nachwuchspolitik. Kein Land kann es sich heute mehr leisten, auf diesem vielleicht wichtigsten aller gesellschaftspolitischen Gebiete kurzfristig zu improvisieren.» (Bericht Schultz, 1963)

andere Schichten quasi «angezapft» werden, was auch zu einer veränderten sozialen Zusammensetzung der Studenten geführt hat. Das geht zum Beispiel aus dem Labhardt-Bericht (1964) hervor. Das Bild des «freischaffenden» Akademikers entspricht nicht mehr der Realität: Es ist nachweisbar, dass die grosse Mehrheit später einmal lohnabhängig wird.

Und immer noch: Chancengleichheit

Steht dies aber nicht in einem gewissen Widerspruch zur Behauptung, die der VSS oft aufgestellt hat, in der Schweiz bestehe keine Chancengleichheit, das heisst, Kinder aus unteren Schichten fänden schlechter Zugang zur Hochschule?

MB: Ich kann es mir hier einfach machen und auf verschiedene Publikationen unserer wissenschaftspolitischen Organe hinweisen. Lose Aufzählung: Ausbaubericht I (1967) und Ausbaubericht II (1972) des Wissenschaftsrates, Bericht Schultz (1963), Labhardt-Bericht (1964). Sie alle fordern übereinstimmend, dass für die Chancengleichheit Entscheidendes getan werden müsse. Sie sei ein soziales Postulat, Bildung müsse allen zugänglich ge-

«Die Ausschöpfung der Begabtenreserve ist nicht nur ein quantitatives Problem. Sie ist unter zwei Gesichtspunkten ein entscheidendes soziales Anliegen. Einmal zeigt es sich, dass die Aufsteigsmöglichkeiten für einen begabten jungen Menschen in der Stadt besser sind als auf dem Lande. Noch schwieriger erscheint die klassenmässige Benachteiligung ein begabtes Kind aus einer Arbeiterfamilie hat weniger als ein halb so grosses Aufstiegschance wie ein Kind, dessen Vater bereits ein Akademiker ist. Eine zielbewusste Ausschöpfung der Begabtenreserve wird sich vor allem darum bemühen müssen, diese Unterschiede zu beseitigen.» (Ausbaubericht I des Wissenschaftsrates, 1967)

Wirbel um Vorplatzschmuck am Technikum Muttenz

Darf Kunst als Make-up dienen?

Um eine rote mobile Skulptur aus Polyester des Bildhauers Wilfried Moser erhitzen sich gegenwärtig die Gemüter am Technikum Muttenz. Die Skulptur, die diese Plastik hatte eine von der Baukommission eingesetzte Kunstkommission unter fünf Entwürfen ausgewählt. Die Baukommission darf ein halbes Prozent der Bausumme, d. h. rund 250 000 Franken, für die künstlerische Verschönerung des eher nüchternen Zweckgebäudes verwenden, wovon etwa 100 000 Franken für die Beschmückung des Vorplatzes, wo die Skulptur von Moser aufgestellt würde.

Es stellt sich hier wieder einmal die Frage, ob es die Funktion der Kunst sei, ästhetisch zweifelhafte Betonklötze zu verschönern. Die Frage auch, ob diese Aufgabe an einen ausstehenden Künstler delegiert werden soll oder ob dazu nicht vielmehr die Benutzer eines Gebäudes – vielleicht unter Zuzug eines Künstlers – aktiviert werden sollten. Ein weiterer Punkt, der bei den Studenten begrifflicherweise Missmut erweckt: Für die Beschmückung ist das Geld vorhanden, die Schulgelde hingegen müssten bis zum Sechsfachen des ursprünglichen Betrages erhöht werden. Wir haben einem Befürworter und einem Gegner dieses Projektes das Wort erteilt.

Pro: Notwendige Kontraste

jw. Kunst und Technik, Skulptur und Technikum – Widersprüche? Die derzeitige Auseinandersetzung betreffend die Vorplatzskulptur des Technikums Muttenz bietet die Möglichkeit, über Grundsätzliches von Kunst und Technik nachzudenken.

Was ist Kunst? ... Ein Technikum wird geschmückt, Kunst hält Einzug! Weshalb? Neben den weitgehend rational-abstrakten Themen und Arbeitsweisen soll die Konfrontation mit der künstlerischen Ebene, der schöpferischen Kreativität gewährleistet werden. Die gesellschaftliche Situation setzt die Fähigkeit voraus, auch andere Denkstrukturen verstehen zu lernen, zu akzeptieren. Der Techniker ist gezwungen, sich in der Komplexität der Verhältnisse zu bewegen, ja noch mehr, er braucht die Kontraste von Kunst und Technologie, um die Relationen zu erkennen. Die Dialektik gibt ihm Kraft fürs Erleben, Ge-

stalten und Fühlen. Nicht zuletzt geht es um die menschliche und fachliche Verantwortung, die in zunehmendem Masse von Wichtigkeit ist.

Weiterhin darf man die Kunst als Teil der Architektur verstehen. In die Konzeption auch sollte die künstlerische Gestaltung einbezogen werden, keineswegs dürfen aber Kunstwerke als «Pfaster» für «verschüttene» Häuser dienen.

Ob der einzelne Student sich von der Kunst in positiver, konstruktiver Weise beeinflussen lässt und von ihr zu nehmen versteht, bleibt offen. Doch wird er vielleicht die Kunst, das Schaffen, den Ideenreichtum, die Phantasie als integrierte Bestandteile in sein Leben aufnehmen und sie dadurch als Teile seiner Identität erkennen. Kunst und Technik haben an einem Technikum ihre Berechtigung, sogar ihre Notwendigkeit.

Kontra: Stopp der Verschwendung

Vor rund einem Jahr wurde eine aus einem Wettbewerb hervorgegangene Arbeit des Bildhauers Wilfried Moser vorgestellt. Studenten, Dozenten und Technikumsrat konnten sich in Anbetracht der neu festzulegenden Schulgelde und diverser anderer finanzieller Angelegenheiten zu jener Zeit nicht zur Ausführung des Vorschlags Moser bekennen. Wie wir erfahren haben, glaubte man an ein neuerliches Ausschreiben eines öffentlichen Wettbe-

werbs, letztlich auch deshalb, weil aus den eigenen Reihen des Technikums ein Vorschlag Gestalt anzunehmen vermochte. Dieser Vorschlag würde eine interdisziplinäre Arbeit ermöglichen; zwischen den Abteilungen einerseits, den Dozenten und den Studenten andererseits.

Nachdem Studenten und Dozenten der Meinung waren, der Vorschlag von Wilfried Moser (Erstellungskosten ca. 100 000 Fr.) sei abzulehnen, wurde nun in den letzten Tagen durch eine Ueber-raschungsschaltung eine neuerliche Präsentation dieses Projekts unternommen.

Wir sind der Meinung, dass ein erneutes Entfachen der Diskussion um die «100 000-Fr.-Skulptur» eine Zumutung darstellt. Nicht zuletzt deshalb, weil die massive Erhöhung des Schulgeldes nun feststeht und dies mit dem Argument vertreten wird, die Kantone bräuchten Mehreinnahmen.

Für uns Bürger, für die Gemeinden und die Kantone stellt der Sparappell der Regierungen ein erstes Anliegen dar; dass aber gleichzeitig eine für die Technikumbenutzer wie auch für die Bevölkerung provokative Geldverschwendung notwendig sein soll, scheint uns zum heutigen Zeitpunkt völlig unverständlich.

Es geht dabei nicht um das Kunstwerk im speziellen, vielmehr fragen wir uns, wie ernst zu nehmen der Wille zum Sparen eigentlich ist.

Studenten der Abteilung Maschinenbau am Technikum beider Basel

Vom VSS nahmen an diesem Gespräch teil:

Mathias Bonert (MB), stud. Phil. I, Basel
Werner G. Hoffmann (WGH), dipl. Naturwissenschaftler ETH Zürich
Richard Püntener (RP), lic. Phil. I, Freiburg

Durchführung notwendig sind, nicht dem einzelnen aufbürdet, sondern einer gesamtgesellschaftlichen Verteilung unterliegt, die der effektiven Teilhabe an der Wirtschaftsentwicklung gerecht werden soll.

Was waren die Gründe dafür?

Eine wesentliche Rolle spielte doch auch die Tatsache, dass die Initiative bei den Studenten auf keine grosse Begeisterung mehr stiess – der Wille zur aktiven Mitarbeit war eher dünn gesät – und dass sie in der Volksabstimmung zweifelsohne keine Chance gehabt hätte. Bildung ist eben hierzulande nicht mehr so hoch im Kurs wie auch schon, falls sie es überhaupt je einmal war. Man prägte dafür das Stichwort «Bildungsfeindlichkeit».

MB: Die Aktivität des VSS spielt sich im Rahmen der Bildungs- und Hochschulpolitik ab. Nun geistert heute das Schlagwort der «Bildungsfeindlichkeit» umher; diese stellt man einer angeblichen «Bildungseuphorie», die ebenso angeblich Anfang der 60er Jahre geherrscht haben soll, entgegen. Man kann beide Ausdrücke nicht akzeptieren, da sie beinhalten, dass Politik wesentlich durch Stimmungslagen bestimmt werde und so zu charakterisieren sei, Politik hat doch aber vielmehr, wie mir scheint, direkt etwas mit handfesten Interessen zu tun.

Ich glaube, man darf sagen, dass die Anfang der 60er Jahre ausgetragene Bildungseuphorie damit zusammenhing, dass die Schweiz, welche sich im internationalen Konkurrenzkampf und unter dem Aspekt einer globalen Systemauseinandersetzung behaupten will (bzw. muss), der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft Rechnung tragen musste. Ich meine

«Deshalb kann Nachschubplanung in dem hier umschriebenen Sinn als unentbehrliches Mittel zur Stärkung einer freien Gesellschaft betrachtet werden, die ihr Ideal des Wertes und der Würde des Einzelmenschen nicht preisgeben und sich in dem jetzt immer intensiver werdenden gesellschaftspolitischen Wettkampf mit totalitär-sozialistischen Systemen behaupten will.» (Bericht Schultz, 1963)

damit, dass die ausgerufenen «Bildungseuphorie» Resultat einer ebenso be-wussten vollzogenen Politik ist wie die

konzept zum Thema 3. Welt

Okt. 74	Gesellschaft Schweiz-Südafrika	«Komplizen der Rassisten» – Exklusivdokument: Wie die Wahrheit über Südafrika unterbunden wird
Juli 74	Babynahrung	«Die sauren Killer» – Nestlé's skrupellose Machenschaften in Entwicklungsländern
Mai 74	Portugal/Afrika	Militärputsch: Ende der Kolonialherrschaft? Die internationale Arbeitsbewegung hilft beim Aufbau
April 74	Kuba	«Demokratisierungsprozess im Sozialismus»
März 74	Oekrisse – 3. Welt	«Geölte Gewinne für die Trusts» – Afrika, Indien, Nepal
Febr. 74	Schweizer Banken	«Das Geschäft mit der Unterentwicklung»
Jan. 74	Chile	«15 000 Tote für ein besseres Investitionsklima»
Juli 73	Schweiz – 3. Welt	«Entwicklungshilfe – Brückenpfeiler der Exportindustrie»
Mai 73	Südafrika	«Mit Streiks aus der Unmündigkeit (zur Apartheidpolitik)»
Jan. 73	Chile	«Chiles Herausforderung», Kupferboikott
Dez. 72	Chile	«Die Herren der Welt», Machenschaften der ITT in Chile

Jede Nummer ist gegen Fr. 1.20 in Briefmarken erhältlich bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

macht werden etc. Dazu nur folgendes: Was eigens postuliert werden muss, existiert doch schlicht nicht, das heisst, muss Chancengleichheit gefordert werden, kann man davon ausgehen, dass sie eben nicht besteht, und diese Situation ist heute noch unverändert. Das Wort «Bildungsfeindlichkeit» kaschiert, dass man sich damit längst abgefunden hat.

So weit, so gut. Aber man wird einwenden, dies könne wohl stimmen, gewährleistet jedoch noch lange nicht, dass der Verband wirklich im Sinne der Studenten arbeite. Eines scheint klar: Man kann es nie allen recht machen. Trotzdem: Wenn Minderheiten sich benachteiligt fühlen, ist dies dem Verband abträglich.

RP: Wer die Verbandsstrukturen näher kennt, weiss, dass die demokratisch sind. Denn entscheiden tut die Mehrheit im Delegiertenrat (DR). Die Zusammensetzung des DR und des Vorstands ist ein Spiegelbild des Gewichts der verschiedenen politischen Kräfte in den einzelnen Sektionen. Dass sich der Vorstand ebenso und nicht anders zusammensetzt, ist also eine Folge der Mehrheitsverhältnisse im DR. Auf die Mehrheitsverhältnisse kann der Basisstudent sowohl durch seine Stimmabgabe wie seine Mitarbeit in einer politischen Gruppierung Einfluss nehmen.

Die Konfrontation nicht scheuen

Es geisterte auch schon die Vorstellung herum, bevor der VSS aktiv werden müsste er jeweils eine Umfrage unter allen Studenten veranstalten.

RP: Wie ich schon ausführte, sind die Verbandsstrukturen demokratisch und für jeden Basisstudenten durchschaubar. Müsste man jede Aktivität einer Umfrage unterstellen, so hätte das für den Verband schlimmste Auswirkungen. Er würde erstens an Effizienz verlieren: Durch das langwierige Prozedere einer Umfrage werden seine Aktivitäten gelähmt. Zweitens würde eine kontinuierliche Politik, die sich auf die Mandatierung durch den DR abstützt, unmöglich. Der VSS würde dann eine solche Politik einschlagen, die jedem kontroversen Thema aus dem Weg geht. Also: auf Kuschel- und nicht auf Konfrontationskurs.

Das leuchtet ein. Man könnte Umfragen gegenüber auch aus prinzipielleren Gründen skeptisch sein, denn hinter einer scheinbaren Objektivität verstecken sich manchmal auch Manipulationsmöglichkeiten. Vergessen wir nicht, dass zum Beispiel die Werbung

Signalement des VSS

Gegründet: 1920

Zweck: Art. 2 der Statuten: «Der VSS hat zum Zweck, die Interessen der Studierenden auf nationaler und internationaler Ebene zu vertreten.»

Sektionen: Universitäten Zürich, Basel, Bern, Freiburg, Lausanne, ETH Zürich und Lausanne = 80% der an den Hochschulen immatrikulierten Studierenden; Studenten der Dolmetscherschule Zürich; Konservatorien Zürich und Bern.

VSS-Komitees: St. Gallen

Assoziierte Mitglieder: Verband der Schweizer Medizinstudenten (VSM), Verein der Schweizerischen Geographiestudenten (ASEG)

Vorstand: M. Bonert (POCH), Bildungspolitik; W. G. Hoffmann (MSV), Sozialpolitik; R. Püntener (unabhängig), Information; U. Westenhoff, Quästoria

VSS-Delegierte:

Der VSS ist in folgenden Gremien vertreten:

Schweizerische Hochschulkonferenz, Eidgenössische Expertenkommission für ein neues ETH-Gesetz, Kommission für Statistik der Konferenz der Hochschullektoren, Eidg. Stipendienkommission für ausländische Studierende, Gründungsrat für die argentinische Hochschule, CEPREA (Reform des Medizinstudiums), Unesco-Kommission, Kuratorium des Schweizerischen Instituts für die CIE internationale de l'Université de Paris, Sanatorium universitaire.

oft Umfragen macht, um nachher damit die Konsumenten zu beeinflussen. Aus der Ablehnung des «Kuschel» schliesse ich, dass der Transparenz grosse Beachtung geschenkt wird. Transparenz heisst auch hier zuerst einmal Information. Wie informiert der VSS «seinen Studenten?»

Seit 1972 beteiligt sich der VSS an der Herausgabe von «konzept». Mit einer Auflage von 37 000 und einer Streuung über alle deutschsprachigen Universitäten ist «konzept» die grösste Studentenzeitung in der Schweiz. Der VSS benutzt «konzept» als «offiziöses» Informations- und Diskussionsorgan. VSS-Aktivitäten, die mehr regionalen Charakter haben, werden über die Zeitungen, Mitteilungsblätter etc. der einzelnen Sektionen an die Studenten vermittelt. Der Verband richtet sich auch – und muss das noch mehr tun – über Presse, Radio und Fernsehen an die Öffentlichkeit. Immer wieder erstellt der Verband Dokumentationen zu bildungs- und sozialpolitischen Themen.

Kantönligeist ist bei uns überholt

Solche Dokumentationen sind ja aber nicht in erster Linie an den «Basisstu-

dentem» direkt gerichtet, sondern eher an Organe des Verbandes oder sogar an ausserhalb des Verbandes stehende, zum Beispiel bildungspolitische Gremien. Kann hier von einer indirekten Dienstleistung an den Studenten gesprochen werden?

MB: Es ist etwas komplizierter. Nachträglich, wenn man ganz offen sein will, darf man diesen Dokumentationen, die sicher mit viel Fleiss und Liebe erstellt worden sind, nicht welterschütternde Folgen nachsagen. Dies war auch nie ihr Sinn. Mit den Dokumentationen allein ist es eben nicht getan. Dokumentationen müssen in einem systematischen Zusammenhang mit der ganzen Vorstandspolitik stehen. Was sich vom VSS-Vorstand aus gesehen als «Öffentlichkeit» darstellt, kann man grob in drei Teile gliedern: die eigentliche Öffentlichkeit – der «Mann auf der Strasse» etwa –, Behörden und eben die Studenten. Nun heisst es, sich darüber Rechenschaft zu geben, an wen man gelangen will. Studenten finden sich in Studentenschaften, das ist doch schon eine Organisationsform. Innerhalb der Studentenschaften gibt es die gewählten Organe der Studenten. Daneben existieren ja auch die einzelnen politischen Gruppierungen und schliesslich die einzelnen Studenten selbst.

Die Studentenschaften, ob man dies will oder nicht, befinden sich in einem politischen Kontext, sind deswegen eben selbst politisch. Die Politik wird gemacht durch die gewählten Vertreter in den Organen der Studentenschaften, und zwar ist das Politik, ob sie von rechts oder von links kommt. Nun zeigt sich aber in der gesellschaftspolitischen und speziell in der hochschulpolitischen Entwicklung, dass die Probleme der Studentenschaften nicht nur einen lokalen, sondern eben auch einen nationalen Aspekt haben. Denn Hochschulpolitik wird heute durch ein als System wirkendes Nebeneinander diverser Gremien immer mehr zentral gemacht. Der VSS sieht u. a. hier seine Aufgabe: diese Entwicklung zu verfolgen und den angeschlossenen Studentenschaften und den Studenten klarzumachen, dass das, was sie lokal erleben, in einem nationalen Kontext zu sehen ist, ihnen somit auch zu helfen, ihre Arbeit, ihre Politik auch in diesem Rahmen abzuwickeln. Es handelt sich hier um eine Dienstleistung des VSS an seine Organe. Konkret heisst das, dass der VSS in einem gewissen Sinne nationale Studentenschaftspolitik macht; er tut dies seit 50 Jahren!

Als Beispiel: kürzlich vom Bundesrat verfügte Begrenzung der Beschäftigung von Ausländern in den Hochschulen. Dies ist doch eine nationale Sache, obwohl sie von der ETH oder vielleicht

von einzelnen anderen Universitäten als durchaus lokal empfunden wird. Der VSS hat dazu eine Meinung zu äussern, eben als nationaler Dachverband der betroffenen Studentenschaften. Dieses Beispiel zeigt eindeutig, dass Bildungspolitik nicht vom allgemeinen politischen Kontext – hier war's die «Ueberfremdungsfrage» – losgelöst werden kann.

Pragmatisches Vorgehen

Wie vorhin festgestellt wurde, zeitigen Dokumentationen allein noch keine nachhaltigen Wirkungen. Die Gefahr des Leerlaufs liegt in der Luft. Müsste da nicht eine gewisse Neuorientierung stattfinden?

MB: Mit dieser Frage wird ein Problem angeschnitten, nämlich inwieweit die Pläne ehemaliger Vorstandsmitglieder realisiert werden konnten oder nicht. Wir wollen uns nicht von diesen ehemaligen Vorständen distanzieren, denn ein Grossteil ihrer geleisteten Arbeit war gut und richtig und sogar richtungweisend. Hingegen haben wir vor, mit einer Tradition zu brechen: zu Anfang des Verbandsjahres ein Aktionsprogramm in die Öffentlichkeit zu setzen. Denn ein Blick in alle Vorstandsberichte belehrte uns, dass von diesen Plänen eigentlich doch recht wenige zur Gänze realisiert werden konnten. So sehen wir heute ein umgekehrtes Verfahren. Wir haben uns ein Arbeitsprogramm vorgenommen, das vom Delegiertenrat diskutiert werden soll und – so hoffen wir – genehmigt wird. Dabei scheint uns u. a. wesentlich, dass die Arbeit des Vorstandes transparent und kontrollierbar ist.

Mehr Kontinuität

Einer der meistgeäusserten Vorwürfe gegenüber studentischen Organisationen ist ja der der mangelnden Kontinuität. Die Zeit, die nach der Formulierung der Programme bleibt, ist sehr kurz, und kommt der nächste Vorstand, so macht er alles wieder anders.

WGH: Deshalb wollen wir ja die Realisierungsmöglichkeiten besser abschätzen. Ein Beispiel für eine solche Veränderung des Vorgehens: die in der letzten Legislaturperiode begonnene Wohnungskampagne. Selbstverständlich sind wir nicht der Auffassung, dass eine solche Kampagne nutzlos ist; wir mussten aber erkennen, dass die Vermutung, von der seinerzeit ausgegangen wurde, nicht zutrifft, die den wesentlichsten Teil der Arbeit übernehmen sollten, bildeten sich keineswegs so automatisch, wie man das gehofft hatte. Wir sahen uns deshalb gezwungen, auf eine Weiterführung dieser Kampagne einstweilen zu verzichten

und uns dafür auf solche Aktivitäten zu beschränken, die mit den Sektionen gemeinsam geplant und verwirklicht werden können.

MB: Diese Neueinteilung der Arbeit findet unter einem sehr optimistischen Aspekt statt. Wir gehen nämlich davon aus, dass es den VSS, das heisst die Sektionen des VSS, die lokalen Studentenschaften, noch für eine längere Zeit geben wird.

«Umsturz» jederzeit möglich

Eine etwas pragmatischere Arbeitsweise also. Dies ist sicher zu begrüssen, da aufwendige Programme oft inner kürzester Zeit überholt sind.

RP: Darum müssen solche Arbeitsprogramme gut fundiert sein und vor allem auf einer politisch längerfristigen Analyse basieren. Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, dass unsere Vorstandstätigkeit ein Ausdruck der Mehrheitsverhältnisse im DR ist. Ein «Umsturz» eines jetzt erstellten Arbeitsprogramms bei einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im DR ist also jederzeit möglich.

Gerade deshalb bleibt für mich die Frage immer noch offen, ob von Seiten des VSS-Vorstandes nicht zuviel in Programme investiert werde, die für die Zukunft gelten und dann doch nicht ausgeführt werden, und zuwenig in konkrete Aktionen, von denen die Studenten und die Sektionen vielleicht mehr hätten.

RP: Wir möchten vor allem einen – doppelten – Fehler, den die Initiatoren des LM gemacht haben, nicht mehr wiederholen: dass man einerseits Forderungen aufstellte, die schon zur Zeit der Abfassung der Initiative – geschweige denn heute – nicht genügen konnten, und andererseits die organisatorischen Möglichkeiten des Verbandes entweder unter- oder überschätzte. Daraus ergibt sich für uns, dass eine Aktivität zuerst politisch eingeschätzt und mit den einzelnen Sektionen durchdiskutiert wird und erst dann in die Realisierungsphase kommt.

BM: Damit wir auch richtig verstanden werden, unter Arbeitsprogramm verstehen wir ein System von verschiedenen Arbeitsschritten. Jeder dieser Schritte soll ein konkretes Resultat zeitigen. Selbstverständlich haben wir einen Zeithorizont im Auge. Die Phase der kleinen Schritte, die uns dann zu einem «grossten Sprung» nach vorn bringen soll, sollte unseres Erachtens im Januar 1975 abgeschlossen sein.

Rendez-vous also für den «grossten Sprung». Danke für dieses Gespräch.

Pierre Freimüller

Neue Zürcher Zeitung

für Leute,
die mitreden
wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heisst, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Mte. Fr. 19.95 (statt Fr. 28.50)
für 6 Mte. Fr. 37.10 (statt Fr. 53.—)
für 1 Jahr Fr. 71.40 (statt Fr. 102.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 19.95
für 6 Monate zu Fr. 37.10
für 1 Jahr zu Fr. 71.40

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl/ Ort:

Hochschule:

Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Z.St.

Wie die USA ihre Hände in Unschuld waschen

Die Schergen von Uncle Sam

Was bisher als böse Verleumdung und hetzerische Propaganda subversiver Elemente auf der ganzen Welt galt, kommt nun plötzlich, wenn auch in sanfter Form, aus dem Munde renommierter Politiker. Die CIA, die Central Intelligence Agency, der amerikanische Geheimdienst also, entpuppt sich als Drahtzieherorganisation für Krieg und Unruhe in fremden Ländern. Zur Verteidigung der Demokratie natürlich: Wo immer auf der Welt eine Demokratie in Gefahr ist, hält die CIA Wache, um nötigenfalls mit Mitteln, die von Geld bis Kriessaktionen alles einschliessen, die «freie» Welt zu verteidigen. Derweil die vergangenen Präsidenten, Eisenhower wie Kennedy, Johnson wie Nixon, jedwede Tätigkeit der Organisation schlicht leug-

nen, sieht sich Gerald Ford in der zwielichtigen Aufgabe, unter dem Druck des Senats so vehement Gelegnetes zuzugeben. Während sich in Amerika ein Insider-Buch über die CIA auf den Bestsellerlisten ganz oben hält (obson oder gerade weil es von der Regierung zensierte, leere Stellen aufweist), während sich der Präsident und sein Ausserminister schmeicheln, die Volksfrontregierung unter Allende in Chile «destabilisiert» zu haben, hat man allen Grund zu der Annahme, dass die Geheimorganisation ihren Apparat sowohl in Griechenland wie auch in Portugal für einen neuen Schlag rüstet. Unser Artikel versucht deshalb, das Funktionieren und die Funktion der CIA aufzuzeigen.

Vom Datenspeichern zum Kriegführen

Hatte Präsident Truman nach dem Weltkrieg noch die redliche Absicht, einen Apparat zur Sammlung von Informationen über die Staaten der Welt



Reklameschild in Italien
CIA: «All over the world...»

zu schaffen, so waren bald schon Kräfte in der Organisation, welche sich damit nicht zufriedengeben konnten. Die Aufgabe der CIA ist im Gesetz über die nationale Sicherheit umschrieben. Sie besteht darin, dem Nationalen Sicherheitsrat mit Informationen zur Seite zu stehen. In dieser Aufgabe ist die CIA heute, wie V. Marchetti in seinem Buch* schreibt, wirkungslos. Die Analysen und Informationen der Organisation werden zum Teil nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen, und wenn doch, so legt man kein Gewicht darauf.

Von Bedeutung ist schon seit langem derjenige Aufgabenbereich, welcher im Gesetz so vage «Andere Pflichten und Funktionen» heisst, sofern diese im Interesse der nationalen Sicherheit liegen.

Von der Organisierung dezentraler musischer Abende...

Ein Mann mit den besten Qualifikationen trug wesentlich zur Installierung der Drahtzieherorganisation bei: Richard Bissell. Dieser Mann, 1958 zum Chef der Heimlichen Dienste (der Aktionsstab in der CIA) ernannt, Doktor der Wirtschaftswissenschaften und ehemaliger Lehrer in Yale und an der MIT (Massachusetts Institute of Technology), begründete systematisch die Aktionen der CIA. Von politischem Rat und Beratung, von Unterstützung für ein Individuum, finanzieller Unterstützung von privaten Organisationen einschliesslich von Gewerkschaften, Geschäftsfirmen etc. über verdeckte Propaganda, private Ausbildung von

* CIA, Victor Marchetti, S. D. Marks, DVA 1974

Individuen und Austausch von Personen reicht das Spektrum bis zu wirtschaftlichen Operationen und paramilitärischen oder politischen Operationen, die dazu bestimmt sind, ein Regime zu stürzen oder zu unterstützen. Jede dieser Aktionen heisst Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten und wird je nach Dringlichkeit und Härte des Falles angewandt.

Wenn das Publikum in Paris dem Bostoner Sinfonieorchester riesigen Beifall spendet, wenn in England das Magazin «Encounter» (neben vielen anderen) eine kulturbegeisterte Leserschaft findet, wenn Wissenschaftler an Symposien der Asienstiftung debattieren und das Buch «The Deception Games» vom tschechischen Ueberläufer Ladislav Bittman über das Leben hinter dem Eisernen Vorhang informiert, nimmt niemand an, dass dabei jene Organisation ihre Hände im Spiel hat, die zur gleichen Zeit mit eigenen Maschinen Bombardierungskriege führt, Putschs inszeniert und Streiks finanziert.

... zum brutalen Meuchelmord

Nachdem die Invasion von Exilkubanern unter dem Befehl und mit der Ausrüstung der CIA in der Schweinebucht mit einer solchen Schlappe geendet hatte, dass der damalige CIA-Chef Bissell gehen musste, hatten die Agenten deren Respekt vor allem, was mit Kuba zusammenhing, dass sie zu einer grossangelegten Hatz auf Che Guevara starteten. Sie richteten, wie in so vielen anderen Ländern auch, ein Trainingscamp für Antiguerrillakämpfer in Bolivien ein, und erst mit Hilfe von CIA-Soldnern gelang es schliesslich, Che Guevara festzunehmen und ihn umzubringen. Auf Anordnung der Regierung mussten ihr als Beweis für den Tod Ches sein Kopf und seine Hände präsentiert werden. Erst später wurde bekannt, dass einer der Regierungsleute, der Innenminister Antonio Arguedas, ein Agent der CIA war.

Tarnfirmen...

Die CIA ist eine Geheim-Organisation, geheim sollen also ihre Unternehmungen sein. Geheim sind nicht nur ihre Mitglieder, von den untersten Killern bis zu den Strategen von geheimen Kriegen, geheim sind auch ihre Operationsmittel und Einsatzorte. Zu diesem Zweck unterhält die CIA Tarnfirmen auf der ganzen Welt, die zum Teil sogar Gewinne abwerfen. Zu den bedeutendsten dieser Firmen gehören dabei die Charterfluggesellschaften, welche zu den grössten zählen. Zum CIA-Besitz gehören unter vielen: Air America, Air Asia, Civil Air Transport, Intermountain Aviation und Southern Air Transport. Dabei ist die Tatsache, dass solche Maschinen gechartert werden können, eine reine Tarnung. Denn die Flotten dieser Gesellschaften dienen in erster Linie zum Transport CIA-eigener Truppen, mehr noch: zu Bombardements bei geheimen Kriegen. Mit diesen Maschinen führte die CIA in Indochina den brutalen Krieg, schon lange bevor reguläre Truppen der USA in Vietnam operierten und noch länger bevor diese den Krieg nach Laos und Kambodscha ausweiteten. Diese Ausweitung war von der CIA schon lange vollzogen.

... Radiostationen...

Weniger geheimhalten konnte die CIA vielleicht ihre geheimen Radiosta-

tionen, mit denen sie den Informationskrieg gegen den Kommunismus führte. In Europa sind vor allem die zwei Sender Radio Freies Europa und Radio Liberty bekannt geworden, Sender, die in München stationiert waren und die die CIA finanziell trug (bis 1971). Aber nicht nur in Europa, auch auf anderen Kontinenten unterhält die CIA Radiostationen. Sie wurden hauptsächlich gegen China gerichtet, da dort die Kulturrevolution war damit eine gewisse Unruhe in der südchinesischen Bevölkerung geweckt worden, als die Kulturrevolutionären Parolen tuschend ähnliche Meldungen verbreitete (auch mit Abwurf von Flugblättern) und dadurch die Kritik anheizen konnte.

Das Prinzip dieser Sender beruht auf gezielter Desinformation, gespickt mit bekannten wahren Informationen, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Im ganzen gesehen, waren jedoch diese Aktionen von bescheidenem Erfolg.

... Durchdringung...

Am besten funktioniert die Agentur da, wo sie bestehende faschistische Regimes unterstützt. Selbst da, wo die Staaten «offen» sind, gelingt die «Durchdringung», das heisst die Rekrutierung und Unterhaltung von Agenten, gut. Meist läuft der Kontakt über die Botschaften. Die Agenten haben die Aufgabe, landeseigene Soldner anzuwerben. Oft geschieht das über schlichte Erpressung, bei Regierungsleuten oft aufgrund einer unangenehmen Vergangenheit. Hauptsächlich

heisst jedoch das wirksame Mittel: Geld. Dieses fliesst schier unerschöpflich aus den Konten (unter anderen auch solchen in der Schweiz) in die Hände der Informanten.

Geld fliesst aber noch besser, wo die CIA gleich die Geheimpolizeien der Regimes unter Kontrolle hält, wie es bei der PIDE in Portugal unter Salazar und in Griechenland mit der ESA und in vielen aussereuropäischen Staaten der Fall war oder noch immer ist.

... für die geheimen Kriege

All die Aktionen haben ein Ziel: den Kommunismus überall da zu vertreiben, wo er ist oder sich einzunisten beginnt. Dieses Credo nimmt man als Berechtigung, einen Apparat zu unterhalten, der jährlich 2,3 Milliarden Franken verschlingt und 16 500 engere Mitarbeiter beschäftigt. Darin nicht inbegriffen sind Zehntausende von Vertragsleuten, und nicht inbegriffen sind weitere die Summen, die durch die Tarnfirmen als Profite in die Kassen der CIA fliessen. Der finanzielle Aufwand, der dem der schweizerischen Armee entspricht, dient heute zum grössten Teil zur Führung geheimer Kriege in Ländern, wo sich kommunistenfreundliche Volksgruppen oder gar Regierungen etabliert haben: hauptsächlich in der dritten Welt also.

Diese Kriege, die neben den «Wirtschaftskriegen» geführt werden, sind nicht zuletzt deshalb so brutal, weil sich niemand an irgendwelche Konventionen halten muss, weil keine öffentliche Kontrolle von irgendwelcher Seite möglich ist und auch weil hier ein fadenscheiniger Zweck alle Mittel heiligt.

Die blinden Präsidenten

Die amerikanischen Präsidenten haben sich zu übertreffen versucht in den Dementis irgendwelcher Beteiligung der Regierung an den (ans Tageslicht gebrachten) CIA-Aktionen. Die Leugnung auch nur des Wissens um diese Tätigkeiten hat in breiten Kreisen der Bevölkerungen den Eindruck aufkommen lassen, die CIA, wenn ihr überhaupt Machenschaften zugeschrieben wurden, tue dies auf eigenen Befehl. Die CIA galt gewissermassen als die geheime, graue Macht der USA.

Die neuesten Enthüllungen haben mit diesen Fiktionen jedoch radikal Schluss gemacht. Und wer es noch nicht getan hat, muss sein Bild der edlen und aufrichtigen Präsidenten (allen voran Kennedy) korrigieren. Denn bei allen Aktionen war die



Vorverkauf ab 1. November:

Jecklin - Kuoni Bahnhofplatz - Zentralstelle UNI - Jelmoli - SAB

Regierung oder mindestens der Präsident in genauer Kenntnis der Vorhaben der CIA, wenn nicht sogar sein Befehl dazu geführt hatte. Mehr noch: Der Mann, der «dear Henry» genannt wird, ist schon seit langer Zeit Mitglied des Vierzigeausschusses der Regierung, der über die Aktionen der CIA bestimmt. Es ist ein Hohn, wenn heute Präsident Ford die Aktionen zum Sturz der Regierung Allende damit rechtfertigt, die CIA-Aktionen seien in dem Zeitpunkt autorisiert worden, als «die Regierung Allende versuchte, die Presse und die Parteien zu zerschlagen». Denn genau das haben die Schergen der USA mit der Junta zusammen erledigt!

Der Wahrspruch der CIA, der in der Haupthalle des Hauptquartiers steht, könnte in diesem Zusammenhang seine gegenteilige Wirkung haben: «Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch freimachen» (Joh. 8, 32). (Ein weiterer Bericht folgt.)

PROSCHT in PRAG



6 Tage in der "goldenen Stadt" Fr. 535.-

28.12.-2.1.75
30.12.-4.1.75

inkl. Flug, Hotel mit Halbpension, Konzert- und Theaterbesuch sowie Silvesterparty

SSR

Schweizerischer Studentensreisendienst
Zürich, Basel, Bern, St.Gallen
Schalterzeiten: Mo - Fr 10h - 17h



«Special Ops» der CIA Eine Liste der wichtigsten Sonderoperationen

Beginn	Ort	Von der CIA unterstützte Antikommunisten	Wichtigste Unterstützung
1950	Korea	Regierung	militärisch
1951	Philippinen	Putschisten	finanziell, Söldner, Bombardements
1953	Iran	Putschisten	
1954	Guatemala	Putschisten	
1954	Indonesien	Ngo Dinh Diem	militär. (Bombardements), finanziell
1958	Indonesien	Anti-Sukarno-Kräfte	militär. (Bombardements)
1959	Tibet	Dalai Lama	Söldner, Ausbild., militär. (Bomb.)
1960	Kongo	Mobutu	militär. (Bombardements)
1962	Laos		militär. (Bombardements), L'armée clandestine (45 000 Mann, Thais und Meos)
1961	Kuba	Exilkubaner	militär. Trainingslager für Anti-Guerilla,
1963	Peru	Regierung	militär. Trainingslager
1967	Bolivien	Regierung	finanziell, Ausbildung
1967	Griechenland	Putschisten	finanziell (Finanzierung von Parteien und Streiks)
1973	Chile	Putschisten	

